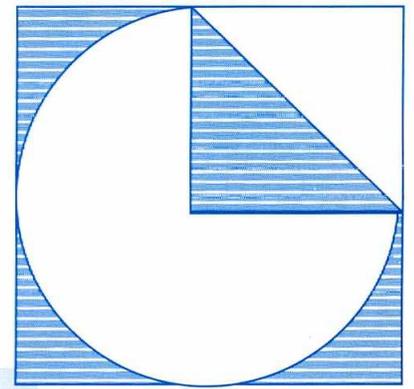


LAG

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



25 Jahre

BürgerInnenengagement

Fachliche Kompetenz

Sozialpolitische Lobby



**Gemeinsam für
die Soziale Stadt**

Inhalt

2 Die LAG auf einen Blick

25 Jahre LAG Soziale Brennpunkte: Bilanz und Perspektive

4 Gesellschaftliche Teilhabe schaffen

5 Gemeinsam haben wir viel erreicht

6 LAG sichert hessische Erfolge

7 Soziale Stadtteilentwicklung fördern

Bausteine für eine erfolgreiche Stadtteilentwicklung

8 BürgerInnenbeteiligung

10 Gemeinwesenarbeit

12 Wohnungsversorgung

14 Lokale Beschäftigungsförderung

16 Soziale Sicherung

18 Bildungs- und Zielgruppenarbeit

19 Kinder- und Jugendhilfe

20 Jugendbildung

21 Rockmobil

22 Frauenförderung

24 KooperationspartnerInnen und Netzwerke

26 AnsprechpartnerInnen in der LAG

28 Die LAG auf dem Weg

32 LAG - Aktiv vor Ort

Impressum



Mit der LAG besteht seit 25 Jahren ein Landesnetzwerk aus engagierten BewohnerInnen, Gemeinwesenprojekten in Stadtteilen, Beschäftigungs- und Sozialhilfeinitiativen. Das Zusammen-

wirken von aktiven Frauen und Männern aus Armutsquartieren, der Einsatz von qualifizierten Fachkräften und die Unterstützung von mutigen PartnerInnen aus Politik und Verwaltung haben erfolgreich zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Sozialen Brennpunkten beigetragen. Unter dem Dach der LAG wirken bis heute bürgerschaftliches Engagement und fachliche Kompetenz gemeinsam für die Überwindung der Perspektivlosigkeit von Randgruppen.

Heute kann festgestellt werden, daß die Auflösung fast aller Obdachlosenunterkünfte und die Umwandlung von Sozialen Brennpunkten in normale Wohngebiete in weiten Teilen Hessens geglückt ist.

Erfolgsgarant für diese positiven Veränderungen - das hat sich über den gesamten Zeitraum allerorts bestätigt - ist und war die Beteiligung der BewohnerInnen und die Einbeziehung ihrer Selbsthilfepotentiale. Hinzu kam die über die Jahre entwickelte sinnvolle Verknüpfung verschiedener Projekte in den Bereichen Gemeinwesenarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungsmodernisierung, Qualifizierung und Beschäftigung. Durch ihre besondere Kompetenz konnte die LAG mit Lobbyarbeit, fachlicher Beratung und innovativen Modellprojekten entscheidende Impulse beisteuern.

Zukünftig gilt es für die LAG, ihr Aufgabenfeld zu erweitern. In gefährdeten Stadtteilen, die aufgrund verdichteter Armutslagen und hoher Arbeitslosigkeit vom sozialen Abstieg bedroht sind, wird zunehmend Handlungsbedarf deutlich. Hier können die langjährig erfolgserprobten Konzepte der LAG eingebracht und weiterentwickelt werden. BewohnerInnenbeteiligung und Gemeinwesenarbeit sind als wichtige Bestandteile im Rahmen von kooperativem Stadtteilmanagement vorzusehen. Auch dazu wird die LAG in Zukunft einen wichtigen Beitrag leisten können.

Als Vorsitzender bedanke ich mich bei allen recht herzlich, die die LAG in den vergangenen 25 Jahren aufgebaut, mitgestaltet, mit Rat und Tat begleitet und unterstützt haben, und wünsche uns auch weiterhin eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Hartmut Fritz
1. Vorsitzender der LAG



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger!

Zum 25-jährigen Bestehen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. gratuliere ich Ihnen. Meine Glückwünsche richten sich an die Menschen, die sich für die Verbesserung der Bedingungen in den Sozialen Brennpunkten des Landes Hessen zusammengeschlossen haben.

Meine Tätigkeit als Hessische Sozialministerin fällt in das Jahr, in dem Sie Anlaß zum Feiern haben. Für mich ist erfreulich, Erfolge mitfeiern zu können. Als Politikerin, die in vielfältiger Weise in öffentlichen Stellen mit den doch sehr ernstesten Problemen unserer Mitbürgerinnen und -bürger beschäftigt ist, kann ich die Anstrengungen ermessen, die von Anbeginn auf den Bewohnerinnen und Bewohnern, den ehrenamtlichen Helfern, den Nachbarn und den Verbänden gelastet haben. Selbst heute ist der damals kleine Funke Hoffnung in einer nahezu aussichtslosen Lage nachzuempfinden, der in den Bewohnerinnen und Bewohnern der Obdachlosenviertel geglimmt hat und der von einer Jugend mit Herz und realistischen Sinn entfacht worden ist.

Ich habe mir sagen lassen, daß das Land, erst gespalten, dann jedoch mit gemeinsamer Kraft, mit der Unterstützung aller politischen Kräfte im Landtag seinen geschuldeten Teil nach und nach geleistet und zum heutigen Erfolg beigetragen hat. Die Namen derjenigen aus Verbänden, Kommunen und Land, die Sie unterstützt haben, kennen Sie selbst. Erwähnen will ich vor allem den Mut von Frauen und Männern, die in einer fast aussichtslosen Lage den richtigen Beratern vertraut haben und ihre Lebenskraft in dieses Vorhaben investiert haben, den Bewohnerinnen und Bewohnern von Sozialen Brennpunkten. Ich gedenke der Verstorbenen und ihrer Lebensleistung, die wir in diesem Jahr besonders würdigen.

Wenn jemand behauptet, man könne sich nicht selbst aus dem Sumpf ziehen, können Sie mit Fug und Recht behaupten, in einem Vierteljahrhundert und mit ein wenig Unterstützung von außen geht es doch. Die Bilanz der 25-Jahr-Feier beweist es.

Für Ihre 25 Jahr-Feier wünsche ich Ihnen alles Gute und den guten Stern, der Ihre bisherige Arbeit begleitet hat.

Ihre

Marlies Mosiek - Urbahn
Staatsministerin

DIE LAG AUF EINEN BLICK

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) wurde 1974 mit dem Ziel gegründet, die Wohn- und Lebensverhältnisse in benachteiligten Wohngebieten zu verbessern.

Mitglieder der LAG sind BewohnerInneninitiativen und Gemeinwesenprojekte.

Zur Unterstützung ihrer Ziele unterhält die LAG eine Geschäftsstelle.

In enger Zusammenarbeit zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, Kolleginnen und Kollegen aus der örtlichen Gemeinwesenarbeit und den Referentinnen und Referenten der Geschäftsstelle wurden im Verbund mit anderen Erfolge erzielt, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation vor Ort geführt haben.

Zur Überwindung Sozialer Brennpunkte und zur Stabilisierung des Erreichten kommen heute neue Aufgaben hinzu.

Die LAG bringt ihre Erfahrungen in die Soziale Stadtteilentwicklung ein, um durch präventive Maßnahmen das Entstehen neuer Brennpunkte zu verhindern.

Finanziert wird die Arbeit der LAG zu überwiegenden Teilen aus Landesmitteln. Hinzu kommen Fördergelder der Europäischen Union sowie Zuwendungen der Kommunen und Eigenmittel.

Die LAG versteht sich als Partnerin und Innovationsträgerin in den Bereichen:

- > Soziale Stadtteilentwicklung
- > Gemeinwesenarbeit
- > BewohnerInnenbeteiligung
- > Lokale Beschäftigung
- > Soziale Sicherung
- > Wohnungsversorgung
- > Kinder- und Jugendhilfe
- > Frauenförderung
- > Sozialpolitik

Die Aufgabenbereiche der Geschäftsstelle der LAG beinhalten:

- > Beratung und Unterstützung von Basisinitiativen
- > Interessenvertretung und BürgerInnenbeteiligung
- > Qualifizierung von Fachbasis, Trägern und Politik
- > Förderung innovativer Ideen, Projekte und Modellmaßnahmen
- > Sicherung und Weiterentwicklung von sozialpolitischen Handlungsspielräumen
- > Stärkung sozialpolitischer Lobby

Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Wohngebieten

GEMEINWESENARBEIT und BEWOHNER*INNENINITIATIVEN vor ORT

Mitgliederversammlung

Vorstand

Arbeitsforen

GESCHÄFTSSTELLE DER LAG

Soziale Stadtteilentwicklung

- ◆ Vermeidung und Behebung von Obdachlosigkeit
- ◆ Einforderung und Entwicklung geeigneter Strukturen im Hilfesystem und zur Bewohnerbeteiligung
- ◆ Anwaltliche Unterstützung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen

Wohnungsversorgung

Soziale Sicherung

EU-Projekt HEPNEST-
Stadtteilwerkstatt

Bildungs- und Ziel- gruppenarbeit

- ◆ Stärkung der Interessenwahrnehmung von Zielgruppen in benachteiligten Wohngebieten
- ◆ Förderung der politischen Teilhabe und Bildung
- ◆ Förderung und Qualifizierung der Zielgruppenangebote

Frauenförderung
Frauenmodellprojekt IMPULS

Kinder- und Jugendhilfe

Jugendbildungswerk

Rockmobil

Lokale Beschäftigungs- förderung

- ◆ Integration von Sozialhilfebezieher*innen und Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten in Arbeit
- ◆ Beratung und Qualifizierung von Fachkräften der Beschäftigungsträger
- ◆ Förderung von Lokaler Beschäftigung

Beratung von Sozialverwaltung/
Beschäftigungsträgern

Fort- und Weiterbildung

ARMUT UND AUSGRENZUNG ÜBERWINDEN

GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE SCHAFFEN

Literatur:

Fritz, Hartmut: Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten. 20 Jahre Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Wohnungspolitik in sozialpolitischer Perspektive, Frankfurt/M. 1992

LAG Soziale Brennpunkte: Gemeinsam haben wir viel erreicht. 20 Jahre LAG, Frankfurt/M. 1994

„Gemeinsam sind wir stark!“ Dieses Motto zieht sich wie ein roter Faden durch die 25-jährige Geschichte der LAG und veranschaulicht deren Besonderheit und Stärke.

Gemeinsam – und das sowohl in den Siedlungen als auch auf Landesebene – wurde für mehr soziale Gerechtigkeit „auf die Gass“ gegangen, für bessere Wohn- und Lebensbedingungen gestritten und sich gegen Ausgrenzung gewehrt. Gemeinsam wurden Aufrufe und Positionspapiere gegenüber Politik und Öffentlichkeit erarbeitet. Und nicht zuletzt wurde natürlich auch gemeinsam gefeiert.

Gemeinsam, das heißt: BewohnerInneninitiativen und Gemeinwesenprojekte vereinen unter dem Dach der LAG BürgerInnenengagement, lebensweltorientierte Fachlichkeit sowie Lobbyarbeit. Als Mitgliederorganisation versteht sich die LAG als Interessenvertreterin für Menschen in Armutsquartieren. Als eingeführte Fachinstanz unterstützt und berät sie Träger und Initiativen der Gemeinwesenarbeit, lokalen Beschäftigung, sozialen Stadtentwicklung und Wohnungsversorgung.

Als Handlungsprinzipien und Leitlinien der LAG gelten damals wie heute:

- Gesellschaftlich benachteiligte Menschen in ihren Anliegen ernstnehmen, ihre Selbstorganisation fördern, ihre Fähigkeit zum Gemeinschaftshandeln erweitern und sie selbst zu Akteuren im Entwicklungsprozess machen.
- Erfahrungsaustausch und hessenweite Zusammenarbeit von BewohnerInneninitiativen und Projektgruppen aus Armutsquartieren unterstützen und fördern. Gemeinsame Prozesse und Strategien zur Problemlösung entwickeln. Gegenseitige Unterstützung und kollegiale Beratung organisieren.
- In enger Abstimmung mit den BewohnerInnen aus Sozialen Brennpunkten Positionen und Handlungsvorschläge entwickeln. Im engen Bezug zur Lebenslage der betroffenen Bevölkerung fachlich ausgereifte, zielgerichtete Konzepte und Projekte für die unmittelbare Verbesserung der Situation in den Siedlungen erarbeiten, aber auch für die Veränderungen der sozialpolitischen Rahmenbedingungen eintreten.
- MitstreiterInnen, BündnispartnerInnen in Politik und Verwaltung gewinnen. In Kooperationen mit Trägern der Sozial- und Jugendhilfe, Beschäftigungsinitiativen und Wohnungswirtschaft neue Lösungswege suchen. Innovation und Modellprojekte schaffen.
- Im Rahmen von Lobbyarbeit Ideen und Vorschläge aus der Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen an PartnerInnen aus Landtag, Ministerien, Kommunen und Verbänden herantragen und in praktische Politik umsetzen.
- Öffentlichkeitsarbeit in unterschiedlichen Formen betreiben, um den BewohnerInneninitiativen und Gemeinwesenprojekten Gehör zu verschaffen. Einfluß nehmen durch u.a. örtliche Aktionen, Pressearbeit, Beteiligung an überregionalen Kampagnen, Mitwirkung in Fachgremien, Einbringen fachlicher Stellungnahmen sowie Organisation und Nutzung von Foren.



VOM BRENNPUNKT ZUM LEBENSWERTEN STADTTEIL

„GEMEINSAM HABEN WIR VIEL ERREICHT“

Positive Veränderungen

Dieser gemeinschaftliche Ansatz hat enorme Wirkung gezeigt. Das Zusammenwirken vieler BürgerInnen und ProjektmitarbeiterInnen, begleitet durch die Unterstützung aus Politik, verschiedenster Fachleute sowie die Solidarität vieler MitstreiterInnen, hat dazu beigetragen, daß die jahrelang an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen in ehemaligen Obdachlosensiedlungen sich heute als Teil der Gesellschaft fühlen können.

Es hat sich vor allem in den Köpfen der in den benachteiligten Wohngebieten lebenden Menschen viel verändert, aber auch in der Öffentlichkeit haben sich neue Ein- und Ansichten entwickelt. Bürgerschaft, Politik und Verwaltung erkennen zunehmend gesellschaftlichen Handlungsbedarf im Gemeinwesen.

Armut und Obdachlosigkeit werden von den Betroffenen nicht länger als Einzelschicksal hingenommen. Ihr Selbstbewußtsein und ihre Selbstwahrnehmung haben sich gewandelt. Sie haben erfahren, daß durch Selbstorganisation und Engagement für ihre Rechte Veränderungen möglich sind. Sie fordern für ihre Interessen Unterstützung ein und finden damit auch Gehör.

Die Erfolge sind auch nach außen hin deutlich sichtbar. Nach über 25 Jahren ist in Hessen festzustellen, daß sich trotz gelegentlicher Rückschläge die Lebensbedingungen in den meisten ehemaligen Obdachlosensiedlungen und Sozialen Brennpunkten deutlich verbessert haben:

- ◆ Stärkung der Selbstorganisation
- ◆ Eigenständige Interessenvertretung
- ◆ Verbesserung der Wohnbedingungen
- ◆ Zugänge zur Erwerbsarbeit
- ◆ Deutliche Verringerung von Sonderschulquoten
- ◆ Weniger Heimunterbringungen
- ◆ Rückgang der Jugendkriminalität
- ◆ Rückgang von Vandalismus
- ◆ Verbesserung der Sozialisationsbedingungen
- ◆ Aufweichung der Geschlechterhierarchie
- ◆ Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen
- ◆ Abbau von Stigmatisierung und Diskriminierung
- ◆ Unterstützung der Integration von Minderheiten.

Grundlagen für den Erfolg

Die positiven Veränderungen in den Sozialen Brennpunkten und ehemaligen Obdachlosensiedlungen haben ihre Gründe. Dazu gehören:

- die gemeinsamen Anstrengungen von betroffener Bevölkerung, engagierten BürgerInnen und RepräsentantInnen sozialer Träger, VertreterInnen von Kommunen, Wohnungsunternehmen und des Landes.
- der gezielte und umfassende Einsatz verschiedener Handlungsansätze unter der konsequenten Zielvorgabe, die Sozialen Brennpunkte zu normalen Wohngebieten umzuwandeln.
- die unterstützende Maßnahmenförderung, insbesondere des Landes, die oft auf Initiative der Fachbasis ins Leben gerufen wurde, hat viele Modellprojekte ermöglicht und verstetigt, die heute zum Standard zählen. Zu nennen ist auch der Erlaß des Hessischen Sozialministers „Hilfen für Obdachlose, Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen in Hessen“ von 1973 als Basis für das Engagement des Landes.

Projektförderung des Landes

- Offene Erziehungshilfen
- Spiel- und Lernstuben
- Gemeinwesenarbeit
- Frauenbildungsarbeit
- Frauenmodellprojekt „Impuls“
- Jugendbildungsarbeit
- Rockmobil
- Lokale Beschäftigung
- Qualifizierung und Beschäftigung
- Sanierung von Unterkünften
- Modellprojekt „Obdachlosenhilfe“
- Modellprojekt „Mietermitbestimmung“
- Soziale Stadterneuerung
- Modellprojekt „HEPNEST“

Wesentliche „Erfolgsbausteine“ sind (s. S. 8 ff.):

- Unterstützung von Selbstorganisation und Beteiligung der BewohnerInnen
- Schaffung bürgernaher Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- Förderung anwaltlicher Gemeinwesenarbeit
- Sanierung des Wohnungsbestandes und des Wohnumfeldes
- Integrierte Gesamtkonzepte zur Verhinderung von Obdachlosigkeit
- Soziale Sicherung und Arbeitsbeschaffung zur Perspektivenentwicklung
- Bildungs- und Zielgruppenarbeit auf lokaler und überregionaler Ebene
- Frauenförderung.

BASISARBEIT BRAUCHT LANDESWEITE VERNETZUNG

LAG SICHERT HESSISCHE ERFOLGE

Unterstützung und Standardsicherung

Die Einrichtung und Förderung der LAG-Geschäftsstelle zur Unterstützung der verschiedenen Basisaktivitäten in den Siedlungen, Kommunen und Regionen sichert und erweitert die Handlungsspielräume auf Landesebene. Es hat sich gezeigt, daß Interessenvertretung und Lobbyarbeit auf örtlicher Ebene nicht ausreicht. Anschlag zum gezielten Handeln und Sicherung fachlicher Standards sind in Feldern der Armutsbekämpfung und Prävention nur durch überregionale Unterstützung gesichert.

Eine breite Fachlichkeit steht inzwischen durch unterschiedliche Professionen und Erfahrungshintergründe der ReferentInnen in der LAG zur Verfügung. Viele Informationen können direkt abgerufen oder weiter vermittelt werden. Die LAG-Geschäftsstelle wird von ihren PartnerInnen als zentrale Vermittlungs- und Transferstelle von Know-How genutzt.

Lobby und Interessenvertretung

Die Vernetzung der örtlichen Einzelinitiativen, der Erfahrungsaustausch, die kollegiale Fachberatung und die konsequente Interessenvertretung sichern den Erfolg von Lobbyarbeit. Verbindliche Unterstützung, wirkungsvolle Zugänge zu Politik, Verwaltung und Verbänden auf Landesebene sowie professionelle Präsentation von

Konzepten sind Voraussetzung, um politische Aufmerksamkeit zu erhalten und notwendige Mittel für die örtliche Arbeit zu beschaffen.

Mit der LAG gibt es in Hessen ein Politiknetzwerk, das für benachteiligte und gefährdete Stadtgebiete eintritt und trägerübergreifend wirkt. Die LAG schafft mit BewohnerInneninitiativen und von Armut und Ausgrenzung Betroffenen Foren zur Beteiligung und Interessenvertretung.

Qualifizierung und Beratung

Bildungsarbeit für und mit BewohnerInnen haben in der LAG eine lange Tradition. Überregionale BewohnerInnentagungen haben viel ExpertInnenwissen aus den Siedlungen zusammengeführt. Unmittelbarer Erfahrungsaustausch und das gegenseitige Lernen stehen im Mittelpunkt. Neue Ideen, neue Methoden und der „Blick über den Tellerrand“ helfen, eingefahrene Wege zu verlassen.

Die Organisation und Durchführung von Fachtagungen, Workshops und politischen Foren dienen nicht nur dazu, interessante Themen zu bearbeiten. Wichtigstes Ziel ist, neue Konzepte zu entwickeln und diese auch fachpolitisch umsetzungsfähig zu machen.

Die LAG sieht ihren besonderen Auftrag in der Qualifizierung und Beratung der örtlichen Praxis. Dazu gehören neben den Betroffenen insbesondere die FachkollegInnen, die in der unmittelbaren Arbeit gegenüber unterschiedlichen InteressenvertreterInnen und in der fachpolitischen Auseinandersetzung Kompetenz zeigen müssen.

Neue Ansätze und Innovation

Im LAG-Umfeld sind neue Ideen, Konzepte und Pilotprojekte entstanden. Innovation und Mut zum Ausprobieren neuer Praxisansätze braucht Lobby und Vernetzung, um Unterstützung und Verbreitung zu sichern.



ERFAHRUNGEN NUTZEN – PERSPEKTIVEN ENTWICKELN

SOZIALE STADTEILENTWICKLUNG FÖRDERN

Öffnung zum Stadtteil

Ehemalige Obdachlosensiedlungen und Soziale Brennpunkte müssen auf absehbare Zeit weiter Unterstützung erhalten. Grund- und Regelversorgung muß sichergestellt werden, um das Erreichte zu stabilisieren. Gemeinwesenorientierte Dienste sollten den ganzen Stadtteil einbeziehen, um so einen weiteren Schritt zur Öffnung und Überwindung der Isolation dieser Standorte zu erreichen.

Zunehmend rücken heute neue gefährdete Stadtteile in den Blickpunkt, in denen Armut, Ausgrenzung und Überforderung besteht. Hier werden Zusammenleben und Erscheinungsbild als bedrohlich empfunden. Auch hier besteht Handlungsbedarf, um eine Entwicklung zum Sozialen Brennpunkt zu verhindern und der sozialen Teilung der Stadt entgegenzuwirken.

Prävention im Gemeinwesen

BewohnerInnen selber, aber auch Vor-Ort-Träger melden hier unterschiedlichen Handlungsbedarf an. Auch hier gilt es, zusammen mit den BürgerInnen Eigeninitiative und Potentiale im Stadtteil zu entwickeln sowie mit Unterstützung von KooperationspartnerInnen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und sozialen Trägern aktiv zu werden.

Zu den Aufgaben, die gemeinschaftlich zu bearbeiten sind, zählen: Prävention im Bereich Kinder- und Jugendhilfe, Überwindung von Arbeitslosigkeit, Schaffung von Einrichtungen zur kulturellen und sozialen Begegnung, Verbesserung der Wohnbedingungen, Aufwertung der städtebaulichen Situation, Entwicklung einer lokalen Wirtschaft und insbesondere Stärkung der Nachbarschaft.

Kooperatives Stadtteilmanagement

Unter dem Titel HEPNEST hat die LAG zusammen mit InnovationsträgerInnen aus öffentlicher Verwaltung und Wohnungswirtschaft neue Ansätze für „Kooperatives Stadtteilmanagement“ in gefährdeten Stadtteilen entwickeln können. Neue Projektplanung unter Beteiligung von BewohnerInnen, Vernetzung der Stadtteilaktivitäten,

Förderung lokaler Partnerschaften und integrierte Förderkonzepte sind Stichworte, die unter dem Titel „Soziale Stadterneuerung“ zusammengefaßt werden.

Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“

Als Hessische Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ (HEGISS) arbeiten auf den verschiedenen Ebenen (Land, Stadt und Stadtteil) die oben genannten Akteure in den unterschiedlichen Aufgabenfeldern zusammen.

Das LAG-Netzwerk hat in den letzten Jahren diese neue HEGISS wesentlich mitentwickelt und sich als zentraler Akteur des dritten Systems an modellhaften Praxisprojekten beteiligt. Unterstützt werden örtliche „Stadtteilwerkstätten“ und die landesweite Beratung durch die EU-Pilotaktion „3. System und Beschäftigung“, die hessische Landesregierung und beteiligte öffentliche und freie Träger. Die LAG sieht in dieser Gemeinschaftsinitiative, die auch vom Bund unterstützt wird, eine große Chance für die Überwindung von Ausgrenzung in der Stadt und wird ihren Beitrag zur Umsetzung leisten.

Literatur

Fritz, Hartmut/Thies, Reinhard: Armutsbekämpfung in benachteiligten Lebensräumen. Stadt- und brennpunktbezogene Strategien kommunaler Sozialpolitik und Sozialarbeit, in: Hanesch, Walter (Hg.), Überlebt die soziale Stadt?, Opladen 1997

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.), Materialsammlung zur Tagung Soziale Stadterneuerung am 5.-6. November 1998 in der Evangelischen Akademie in Arnoldshain, Frankfurt/M. 1998

Thies, Reinhard: Soziale Stadterneuerung in gefährdeten Wohngebieten. Präventionsstrategie durch Quartiersarbeit und kooperatives Stadtteilmanagement (unveröffentlichtes Manuskript), Frankfurt/M. 1998

Thies, Reinhard/Mühlich, Eberhard: Förderung in benachteiligten/gefährdeten Wohngebieten im Rahmen 'Hessisches Projektnetz Wohngebiets- und Stadtteilmanagement', Grundsätze zur Modellförderung 'Soziale Stadt' im Rahmen des Landesprogramms 'Einfache Stadterneuerung', Frankfurt/M./Darmstadt März 1997

Ansprechpartner:

Reinhard Thies

Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt:

- **Aktivierung der Bewohnerschaft**
- **Förderung lokaler Beschäftigung**
- **Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens**
- **Städtebauliche Aufwertung**
- **Verbesserung von Wohnung und Wohnumfeld**

FÜR STADTTEILENTWICKLUNG UNVERZICHTBAR:

BETEILIGUNG VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Voraussetzung für den Erfolg aller sozialpolitischen Initiativen für Soziale Brennpunkte bzw. benachteiligte Stadtteile ist die Initiative der Betroffenen selbst. Die Wirkung von Maßnahmen war und ist dort am größten, wo Betroffene selbst „ihre Sache in die Hand genommen“ und sich als Gemeinschaft formiert und formuliert haben.

ExpertInnen im Stadtteil

Die Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils kennen wie niemand anderes die Vor- und Nachteile ihres Quartiers. Sie wissen, wo dringlich etwas passieren müßte, sie haben Ansprüche an das, was geschehen sollte und ihre Akzeptanz ist unverzichtbar, wenn Maßnahmen im Stadtteil nachhaltig wirken sollen.

Entscheidend ist, daß die Anliegen der BürgerInnen ernstgenommen werden sowie eine kontinuierliche Einbindung und Mitsprache möglichst aller betroffenen Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsprozeß gelingt. Dadurch wird das Verantwortungsbewußtsein gestärkt und die Wertschätzung für das Erreichte erhöht.

Das Interesse der BürgerInnen an positiven Veränderungen in ihren vernachlässigten Wohngebieten ist groß. Verkehrsberuhigung, Wohnungssanierung, Kinderspielplätze, das nachbarschaftliche Zusammenleben, Arbeitsplätze und viele andere Themen sind Anlaß zum BürgerInnenengagement.



Die langjährigen Erfahrungen haben gezeigt, daß die Artikulation des BewohnerInnenwillens sowie ihre Beteiligung auf den unterschiedlichsten Ebenen möglich ist. Die Spannbreite reicht vom Einzelgespräch über Arbeitsgruppen bis hin zur Mitwirkung in politischen Gremien oder dem Aufsichtsrat einer Wohnungsbaugesellschaft.

Interessen artikulieren

Bei informellen Gesprächen auf der Straße, im Stadtteilbüro, bei Einzelberatungen und Elternkontakten werden die Siedlungsprobleme benannt. Gemeinwesenarbeit regt die gemeinsame Interessenvertretung an.

Intensive Gruppenarbeit (Frauen- und Männergruppen, Elterngesprächskreise, Jugendgruppen, Seniorenclubs etc.) ist geeignet, um ein breites Spektrum von Betroffenen an der zielgerichteten Interessensformulierung zu beteiligen.

Nachbarschafts- und Mitmachaktionen zur BewohnerInnenaktivierung (Anlegen von Mietergärten, Siedlungsfeste) sind sinnstiftende Projekte, die die Identifikation stärken und eine Imageverbesserung für den Stadtteil bewirken.

BewohnerInnenversammlungen haben sich als Ausgangspunkt für siedlungsbezogene Willensbildung und Informationsaustausch bewährt.

Auf jeden Fall ist es sinnvoll, eine tragfähige BewohnerInnenvertretung aufzubauen. Bewährt hat sich die Einrichtung von Mieter- bzw. Wohnerräten, die als Ansprechpartner für alle Beteiligten fungieren können. Sie bringen die Anliegen der StadtteilbewohnerInnen ohne Umwege direkt in politische Gremien (Beiräte, Kommissionen) oder die Öffentlichkeit (z.B. über Pressearbeit, Stadtteilzeitung) ein.

Selbstorganisation unterstützen

Nach allen Erfahrungen ist eine aktivierende und begleitende Unterstützung der BewohnerInnen für eine funktionierende Interessenvertretung förderlich. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Aufwandes zur Selbstorganisation, der Orientierung in einem schwierigen Politikfeld sowie der oftmals ungünstigen sozialen Situation der Betroffenen.

Bestandteile eines solchen Unterstützungssystems sind niedrigschwellige Beratungsangebote und offene Treffmöglichkeiten, die ergänzt werden durch zielgruppen- und themenorientierte Gruppenangebote.

Mit den in den Siedlungen tätigen Gemeinwesenarbeitsprojekten kann vor Ort Beratung und Hilfe beim Aufbau und der Organisation von BewohnerInnenvertretung, Selbsthilfegruppen, Vereinen und ehrenamtlichem BürgerInnenengagement für den Stadtteil bereitgestellt werden. Darüber hinaus motiviert und stärkt die Gemeinwesenarbeit insbesondere die durchsetzungsschwächeren Bevölkerungsgruppen und fördert ihr Selbsthilfepotential.

Aktivitäten der LAG

Die LAG unterstützt und fördert die BewohnerInnenbeteiligung im wesentlichen in vier Bereichen:

- Die LAG übernimmt die Fortbildung und Qualifizierung der BewohnerInnen und der örtlichen ProjektmitarbeiterInnen. Ein Ansatz ist die Projektberatung und Unterstützung vor Ort, die gezielt die örtlichen Besonderheiten berücksichtigen kann. Zum anderen findet ein kollegialer Fachaustausch im Rahmen von Tagungen und Workshops statt. Zentrales Element ist die jährliche BewohnerInnentagung.
- Die LAG ermöglicht den wichtigen Austausch zwischen Politik und BewohnerInnen



auf Landesebene. Sie organisiert regelmäßig Diskussionsmöglichkeiten mit (Landes-) PolitikerInnen u.a. im Rahmen von Mitgliederversammlungen und Tagungen und initiiert „Fernsehdiskussionen“ (z.B. Stadtgespräch). Zudem werden Besuche von Bundes- und LandespolitikerInnen in den Siedlungen vorbereitet und durchgeführt.

- Zur konzeptionellen Weiterentwicklung der BewohnerInnenbeteiligung führt die LAG wichtige „Modellprojekte“ durch. Zu nennen sind hier „Mietermitbestimmungsprojekt bei der Wohnbau Gießen“ sowie das Frauenmodellprojekt „Impuls - Beteiligung von Frauen an der Stadtteilentwicklung“.
- Die LAG übernimmt vorübergehend die Aufgaben der Gemeinwesenarbeit, wenn in einer Kommune kein Projektträger vorhanden ist. Entweder wird dann der Aufbau eines Projektes begleitet oder in Ermangelung einer Alternative die Rahmenbedingungen für die notwendige BewohnerInnenbeteiligung bei Politik und Verwaltung selbst eingeworben.

IM STADTTEIL UND FÜR DEN STADTTEIL

GEMEINWESENARBEIT ALS PARTNERIN VOR ORT

Für die nachhaltige, positive Entwicklung in Stadtteilen ist entscheidend, daß die Aktivierung, Einbindung und Beteiligung möglichst aller Bevölkerungsgruppen gelingt. Wichtig ist, daß vorhandene Ressourcen und Potentiale im Stadtteil erkannt und genutzt werden. Politik und Verwaltung muß überzeugt und für Aktivitäten im Stadtteil gewonnen werden. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Stadtteil-AkteurInnen soll vorangetrieben werden. Der Ansatz der Gemeinwesenarbeit bietet hierfür die Grundlage.

Die Gemeinwesenarbeitsprojekte haben mit ihrem Wirken vor Ort einen großen Anteil an den vielfältigen positiven Veränderungen in den ehemaligen Brennpunkten. Auch für die Zukunft ist ihr Know-How im Stadtteilentwicklungsprozess gefragt.

Verankerung im Quartier

Die besondere Qualität der Gemeinwesenarbeit ist ihre Verankerung im Quartier. Sie ist mit ihren Beratungs- und Unterstützungsangeboten in der Arbeit mit Einzelnen, Zielgruppen, dem gesamten Wohngebiet am unmittelbaren Ort des Geschehens. Die hieraus entstehende Vertrautheit mit wohngebietspezifischen Kommunikations- und Sozialstrukturen und die geschärfte Sensibilität für Problemhintergründe, aber auch vorhandene Potentiale im Stadtteil sind die wesentliche Voraussetzung für eine stabile Vertrauensbasis zur Bewohnerschaft.

Partnerin für Bürgerinnen und Bürger

Gemeinwesenarbeit bietet sich den Menschen im Stadtteil als Partnerin an. Hier finden Menschen ein offenes Ohr für ihre Anliegen und Probleme. Ob es um den letzten Sozialhilfebescheid, den Lärm der Jugendlichen auf dem Spielplatz, die Erhöhung von Mietnebenkosten oder die geänderte Straßenführung geht, Gemeinwesenarbeit weiß um Zuständigkeiten, kennt Strategien, schafft Zugänge und unterstützt eigenverantwortliches Handeln.

Moderation, Kooperation und Vernetzung

Die Lebenssituation der Menschen in den klassischen Sozialen Brennpunkten war bei allen Unterschieden in der individuellen Lebenslage vergleichsweise homogen. Die Gemeinwesenarbeit war hier häufig die einzige Unterstützung, die die Menschen vor Ort hatten. Heute haben wir es mit Stadtteilen zu tun, in denen viele verschiedene Bevölkerungsgruppen wohnen und miteinander auskommen müssen. Außerdem gibt es in den Stadtteilen selbst soziale Einrichtungen, Vereine, Geschäfte und Gewerbe. Die Moderation zwischen den verschiedenen Interessen, die Kooperation mit Partnerinnen und Partnern und die Vernetzung der AkteurInnen und Aktivitäten gewinnen deshalb immer mehr Bedeutung für die Gemeinwesenarbeit.

Gemeinsam Projekte entwickeln zur Gestaltung des Gemeinwesens

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Einrichtungen im Stadtteil, mit Beschäftigungsträgern, Wohnungswirtschaft, mit Verwaltung und Politik und weiteren Partnerinnen und Partnern arbeitet die Gemeinwesenarbeit an der Gestaltung der Lebensbedingungen im Stadtteil. Im Verbund entwickelt sie Projekte zur Verbesserung der Nachbarschaft wie Stadtteilstunden und Kulturprojekte, Projekte zur Verbesserung des Wohnumfelds wie Grünflächengestaltung oder Parkraumgestaltung, Projekte zur Beschäftigungsförderung wie Stadtteilcafés und Fahrradwerkstätten u.s.w.. Handlungsleitend für ihr Engagement sind dabei die Interessen des Stadtteils und der dort lebenden Menschen.

Bereitstellung bedarfsgerechter Beratung

- Einrichtung von Vor-Ort-Büros als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger
- Niedrigschwellige Beratung und Dienstleistung (Existenzsicherungs- und allgemeine Lebensberatung sowie Stadtteilfragen)
- Vermittlung von Diensten

Aktivierung und Unterstützung von Selbstorganisation und BewohnerInnenbeteiligung

- Beratung von Selbsthilfegruppen und Vereinen zur Stärkung der Nachbarschaft
- Aufbau eigenständiger BewohnerInnenorganisationen (z.B. Mieterräte)
- Schaffung von Austauschmöglichkeiten (Foren, Gremien usw.)
- Schaffung eines Ortes der Begegnung, Treffpunkt für Nachbarschaft, Initiativen und Stadtteilgruppen

Arbeit mit Zielgruppen

- Bereitstellung eines differenzierten Angebots für verschiedene Zielgruppen (Kinder- und Jugendarbeit, Frauen- und Männergruppen, Sprachkurse usw.)
- Unterstützung benachteiligter Interessengruppen bei der Artikulierung ihrer Bedürfnisse
- Entwicklung einer spezifischen sozialen Infrastruktur
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Zielgruppen

Lobby für den Stadtteil

- Kontinuierliche Konfrontation von Politik und Verwaltung mit den Lebens- und Wohnbedingungen der Bevölkerung
- Projekt- und Antragsbegleitung für Vorschläge und Initiativen aus dem Stadtteil
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit in den örtlichen Medien

GEMEINWESEN-ARBEIT
Kooperative Stadtteilentwicklung und Verbesserung von Rahmenbedingungen

Förderung der Kommunikation, Vernetzung und Kooperation im Stadtteil

- Aufbau und Weiterentwicklung von geeigneten Kooperationsstrukturen (z.B. Stadtteilkonferenz)
- Vermittlung zwischen den verschiedenen Lebenswelten, „Übersetzung“ der unterschiedlichen Denkweisen
- Moderation zum Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungs- und Interessengruppen im Stadtteil
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil

Kooperative Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der Lebenslagen

- Erkundung der Interessen und Bedarfe auf der Ebene der BewohnerInnen und Professionellen
- Einwerbung, Bündelung und Organisation von Ressourcen zur Entwicklung spezifischer, auf die Bedürfnislage der Bevölkerung bezogener Projekte
- Erschließung von Wegen zur Umsetzung von Projektvorschlägen
- Lokale Beschäftigungsförderung, Stärkung der lokalen Ökonomie
- Moderation und Organisation des Prozesses

SANIEREN, WOHNEN, BESSER LEBEN

FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES WOHNEN

Ansprechpartner:
Christoph Kummer

Erfolgreiche Sanierung der Brennpunkte u.a. in:

Darmstadt/Kirschenallee
Eschwege/Am Diebach
Gießen/ Margaretenhütte
Gießen/Eulenkopf
Gießen/Gummiinsel
Hanau/Friedrich-Engels-Str.
Idstein/Weißer Stein
Langen/Leukertsweg
Limburg/Im Finken
Maintal/Henschelstraße
Marburg/Waldtal
Wetzlar/Schwalbengraben
Wiesbaden/Mühltal

Der Wohnung und ihrem unmittelbaren Umfeld kommen als räumlichem Lebensmittelpunkt eine wesentliche Bedeutung zu. Sie sind ausschlaggebend für die Sozialisationsbedingungen, die persönlichen Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Qualität des Zusammenlebens. Desolate Wohnverhältnisse, Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit führen zu massiven Beeinträchtigungen der Lebenslage und Perspektiven der davon betroffenen Menschen. Grundbedingung für die Überwindung von Ausgrenzung ist das Vorhandensein von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum sowie ein intaktes Wohnumfeld.

Die LAG trägt auf verschiedenen Ebenen dazu bei, daß für immer mehr Menschen ein Leben ohne Wohnungsnot und ein menschenwürdiges Wohnen möglich wird.

Auflösung Sozialer Brennpunkte mit BewohnerInnenbeteiligung

Die nachhaltige Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in Sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteilen geht immer einher mit der baulichen und städtebaulichen Aufwertung der Quartiere.

In den vergangenen 15 Jahren ist die Umwand-

lung von Obdachlosenunterkünften in Wohnungen mit Sozialwohnungsbaustandard in zahlreichen hessischen Kommunen gelungen. Wesentlich war dabei die finanzielle Unterstützung des Landes im Rahmen der „Modernisierung und Sanierung von Schlicht- und Einfachstunterkünften“.

Die Aktivierung, Beratung und sozialplanerische Unterstützung von Sanierungsprozessen sind auch heute wichtige Aufgabenfelder der LAG.

Die LAG bewirkt mit ihrer Lobby- und Überzeugungsarbeit eine intensivere Auseinandersetzung der kommunalpolitischen Akteure mit dem Thema der Obdachlosigkeit und kann dadurch häufig den Anstoß zur Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen mit BewohnerInnenbeteiligung geben.

In der Vorbereitung und der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen übernimmt die LAG die Beratung von Gemeinwesenprojekten, Kommunalverwaltungen und -politik. Damit stellt sie sicher, daß die Grundlage für die Absicherung notwendiger Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Quartierentwicklung geschaffen werden. Dazu zählen u.a.

- Aufbau von Gemeinwesenarbeit
- sozialverträgliche Mietpreisgestaltung
- Abschluß von Dauermietverträgen
- Erstellung kommunaler Gesamtkonzepte zur Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Sicherstellung der BewohnerInnenbeteiligung bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen. Die LAG gewährleistet, daß geeignete Strukturmodelle für eine frühzeitige und fundierte BewohnerInnenbeteiligung in Form von Bewohnerräten und Kommissionen/Beiräten entwickelt und umgesetzt werden.



Verbesserung des Hilfesystems für Wohnungsnotfälle

Zur Verbesserung der Wohnbedingungen für Wohnungsnotfälle ist das Vorhandensein von kommunalen sozial- und wohnungspolitischen Gesamtkonzepten zur dauerhaften und angemessenen Wohnungsversorgung Voraussetzung. Die LAG beteiligt sich deshalb an der Entwicklung und Beratung verschiedener Ansätze, die u.a. die Vermeidung von Wohnungsverlust, die Sicherung des sozialgebundenen Wohnungsbestandes sowie die Verhinderung neuer Brennpunkte zum Ziel haben.

In diesem Rahmen wird die Einrichtung von örtlichen Koordinations- und Fachstellen im Bereich Wohnen zur verwaltungsorganisatorischen Umsetzung kommunaler Gesamtkonzepte von der LAG beratend begleitet und der fachliche Austausch im Rahmen eines Arbeitskreises der hessischen Fachstellen koordiniert.

Beispiel für eine gelungene Konzeptentwicklung ist das Modellprojekt „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“. Hier konnten Handlungsansätze aufgezeigt und umgesetzt werden, wie die in Landkreisen gesplittete Zuständigkeit zwischen dem Kreis als Sozialhilfeträger und den Gemeinden als Wohnungsfürsorgeträger erfolgreich überwunden werden kann.

Als besonders wirkungsvoll zur Verbesserung des Hilfesystems zeichnet sich die Schaffung von regionalen Wohnungsversorgungsverbänden ab, in denen wohnungs- und sozialpolitische Akteure ihre Aktivitäten gezielt vernetzen. Die LAG setzt sich dafür ein, daß diese Form der verbindlichen Zusammenarbeit in Zukunft eine stärkere Umsetzung erfährt.

Verbesserung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen

Die Lebenslage Wohnungsnot ist ohne ausreichenden und angemessenen Wohnraum zu tragbaren Wohnkosten nicht überwindbar. Die LAG beteiligt sich daher an der Einforderung

und Entwicklung geeigneter wohnungspolitischer Instrumente und Standards zur Überwindung von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot. Die LAG setzt sich dafür ein, daß Bund und Länder Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die Kommunen soziale Wohnungspolitik gestalten können.

Im Rahmen der „Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte“ arbeitet die LAG mit der BAG Wohnungslosenhilfe auf Bundesebene zusammen. Gemeinsam werden Verbandsgespräche mit den zuständigen Bundesministerien sowie dem Gesamtverband der Wohnungswirtschaft (GdW) geführt. Ziel der Gespräche ist eine Verständigung über Kooperationsstrategien.

Die LAG wird regelmäßig zur Multiplikation des hessischen Ansatzes von Akteuren anderer Bundesländer und bundesweiten Fachtagungen angefragt.

Auf Landesebene setzt sich die LAG für die Einrichtung entsprechender landesweit wirksamer Programme ein und arbeitet im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe mit.

Wohnungspolitische Handlungsgrundsätze der LAG

- Rechtzeitige Verhinderung von Wohnungsverlust, Ausschöpfen aller präventiver Maßnahmen zum Erhalt der Wohnung (→ Ausbau der Fachstellenkonzeption, Frühwarnsystem im Stadtteil durch Beratungsangebot vor Ort)
- Sicherung der Wohnungsversorgung von Menschen mit besonderen Armutsrisiken mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum (→ Sozialer Mietwohnungsbau)
- Keine Aussonderung von bestimmten Personengruppen in Sonderwohnformen wie Schlicht- und Einfachstunterkünften mit geplanter Überbelegung und mangelnder Infrastruktur
- Auflösung bestehender Obdachlosenunterkünfte (auch im ländlichen Raum), Integration von Wohnungslosen in den normalen Wohnungsbestand
- Organisation der notwendigen Notversorgung als Akut- und nicht als Dauermaßnahme
- Abstimmung der Wohnhilfeplanung aller beteiligten Akteure (Kommunen, Freie Träger, Wohnungswirtschaft), Entwicklung von Kooperationsstrategien und Verbundlösungen

Literatur:

BAG Soziale Brennpunkte/ BAG Wohnungslosenhilfe: Wohnungspolitik gegen Wohnungslosigkeit. Wohnungspolitisches Programm, Bielefeld, Frankfurt/M. 1996

Thies, Reinhard/Kummer, Christoph: Sicherung der Wohnungsversorgung von Wohnungsnotfällen in hessischen Landkreisen, Frankfurt/M. 1995

Fritz, Hartmut: Ein sozial blinder Markt, in: Herder Korrespondenz, Heft 12, 1995, S. 654-658

LAG Soziale Brennpunkte: Mietermitbestimmungsprojekt bei der Wohnbau Gießen GmbH, Frankfurt/M. 1995

Thies, Reinhard: Bewohneraktivierende Sanierung von Obdachlosenunterkünften, in: Dt. Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.), Wohnungspolitik in sozialpolitischer Perspektive, Frankfurt/M. 1992, S. 263-284

WEGE AUS DER ERWERBSLOSIGKEIT

LOKALE BESCHÄFTIGUNG FÖRDERN

AnsprechpartnerInnen:

Jochen Partsch

Edwin Herrmann

Andrea Röttel

Annette Wippermann

Literatur:

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.): Ausbildung und Beschäftigung als gemeinnütziger Zweckbetrieb, Frankfurt/M. 1991

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.): Gärtnerinnen und Gärtner der Zukunft, Erstausbildung von GärtnerInnen unter besonderer Berücksichtigung Benachteiligter, 3 Bände, Frankfurt/M. 1992

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.): Qualifizierung in hessischen Beschäftigungsgesellschaften – Eine Bestandsaufnahme, Marburg, Frankfurt/M. 1997

Die Ausgrenzung vieler Menschen aus dem Arbeitsmarkt ist das zentrale gesellschaftspolitische Problem. Dies kann und darf nicht hingenommen werden, da Erwerbsarbeit ihre Bedeutung als identitätsstiftender Faktor, als Element der sozialen Kommunikation und der Herstellung gesellschaftlicher Teilhabe nicht verloren hat.

Ansteigende Erwerbslosenzahlen und die Verfestigung von Langzeiterwerbslosigkeit treffen Menschen in den Sozialen Brennpunkten im besonderen Maße. Als Gegenstrategie in und aus hessischen Brennpunkten entwickelte sich bis heute eine vielgestaltige beschäftigungspolitische Angebotslandschaft zur Qualifizierung, Ausbildung, Beschäftigung und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Begonnen hat es mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor 15 Jahren. Seitdem ist die Eröffnung von Wegen in die Erwerbsarbeit, die Durchsetzung geeigneter landespolitischer Programme und die Verwirklichung erfolgreicher Projekte ein wichtiger Arbeitsbereich für die LAG.

Entwicklung innovativer Förderstrukturen

Fachpolitisch setzt sich die LAG anwaltlich für die Interessen der sozial benachteiligten Menschen ein - beispielsweise bei den hessischen beschäftigungspolitischen Landesprogrammen.

Sie wirkt so an der Weiterentwicklung qualitativer Standards mit. In den Landesprogrammen wurden durch individuelle Förderpläne und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse neue Perspektiven für Menschen mit besonderen sozialen Benachteiligungen erreicht. Trotz der komplexen Problemlagen konnte durch fachliche Anleitung und soziale Stabilisierung eine hohe Zahl der TeilnehmerInnen aus dem Sozialhilfebezug herausgelangen und in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Die Zielgenauigkeit und Zielerreichung der vorhandenen Förderelemente ist dennoch stets zu überprüfen.

Da einerseits bei der Kombination von Qualifizierung, Beschäftigung und Vermittlung strukturierte Übergänge in das Erwerbsleben geschaffen werden müssen, andererseits die Anforderungen der Märkte in ständiger Bewegung sind, müssen vorhandene Konzepte bewertet und neue Modelle vorangebracht werden.

Die LAG hat dafür gesorgt, daß für Hessen Mittel aus der EU-Pilotaktion „3. System und Beschäftigung“ gewonnen werden konnten. Das 3. System ist, verkürzt formuliert, der Bereich, der weder staatlich noch privatwirtschaftlich organisiert ist und stark in sozialen Initiativen verankert ist. Hier werden von ArbeitsmarktexpertInnen europaweit enorme beschäftigungswirksame Effekte erwartet.

Die LAG wird die Erfahrungen mit Beschäftigungsförderung aus den hessischen Modellstandorten in die Bund-Länder-Initiative „Soziale Stadt“ transportieren, die den BürgerInnen in den gefährdeten Stadtteilen neue Chancen eröffnet. Die LAG wird die Entwicklung einer beschäftigungsfördernden Komponente durch die Zusammenarbeit von Sozial- und Arbeitsverwaltungen sowie von Betrieben des ersten und zweiten Arbeitsmarktes unter Beteiligung der BewohnerInnen in das Zentrum ihrer künftigen Bestrebungen stellen.

Ziel ist, Leben und Arbeiten im Stadtteil durch die Neukonstruktion der Lokalen Ökonomie und der Lokalen Beschäftigung zu stärken.



„Herzlichen Glückwunsch von LAG zu LAG!

Seit über 13 Jahren kenne ich die LAG Soziale Brennpunkte als engagierten und sachkundigen Akteur in der Arbeitsförderung von Zielgruppen. In dieser Zeit habt Ihr durch Projektberatung, durch die von Euch organisierten Mitarbeiterfortbildungen und durch hartnäckige Lobbyarbeit gegenüber Politik und Verwaltung wesentlich zur Entwicklung der Arbeitsförderung in Hessen, insbesondere des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“, und zur Entwicklung der Trägerlandschaft beigetragen.

Im Namen aller 26 Mitgliedseinrichtungen der LAG Arbeit in Hessen rufe ich Euch ein herzliches „Glück auf!“ und „Weiter so!“ zu – verbunden mit der Hoffnung, daß sich unsere Zusammenarbeit auch weiterhin so fruchtbar wie in der Vergangenheit gestalten möge.“

Jürgen Schomburg, Vorsitzender der LAG Arbeit in Hessen e.V.

Beratung und Kompetenz fördert Beschäftigung

Die LAG berät GWA-Projekte, Sozialhilfeträger, kommunale Beschäftigungsleitstellen, Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger sowie Jugendwerkstätten bei beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Fragen über kommunale, Landes-, Bundes- und EU-Förderprogramme.

Durch die Zusammenarbeit mit dem hessischen Sozialministerium, der Arbeitsverwaltung und der BAG Beratung, dem bundesweiten Zusammenschluß von beschäftigungspolitischen Beratungseinrichtungen, gewährleistet die LAG, daß neue Entwicklungen beachtet werden.

Die Beratungsinhalte haben sich in den letzten Jahren verschoben. In der „Gründungsphase“ der Beschäftigungsprojekte standen Ideenauswahl, Konzeptentwicklung, Trägergründung und Kontaktvermittlung bis hin zur Antragstellung im Vordergrund. Heute müssen die bewährten Projekte stabilisiert werden, während gleichzeitig Innovationen zu erproben und zu verwirklichen sind.

Die Veränderungen der Gesetzesgrundlagen und Fördermöglichkeiten bewirken immer wieder Planungsunsicherheiten bei den Trägern. Die Angebote zur Kosten- und Finanzierungsplanung und die Verknüpfung von Förderinstrumenten werden stark nachgefragt. An betriebswirtschaftlichen Instrumenten besteht zunehmendes Interesse. Projekte erreichten durch die Optimierung von Steuerungs- und Kontrollsystemen sowie das Anwenden von Marketingmaßnahmen effizientere Kostenkontrolle und höhere Eigenmittelfinanzierung.

Wichtig sind die juristischen Hilfen. Das Agieren auf dem Markt und die Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen erfordern die Klärung von Fragen im Wirtschafts-, Steuer- und Gemeinnützigkeitsrecht. Arbeitsrechtliche Probleme, Fragen zum SGB III, aber auch Berufsbildungs-, Sozial-, Jugendhilferecht sowie die Tarifgestaltung werden behandelt.

Qualifizierung des Fachpersonals

Die Beschäftigungsgesellschaften erhielten im letzten Jahrzehnt einen enormen Professionalisierungsschub. Dies wurde und wird von der LAG mit einem detaillierten und spezifischen Fort- und Weiterbildungsangebot gefördert.

Regelmäßige Arbeitszusammenhänge bestehen mit GeschäftsführerInnen sowie zur LAG Arbeit. Die Fortbildungsgruppen für FachanleiterInnen und für BetriebssozialarbeiterInnen geben Ideen für die Betriebspraxis weiter. Ein fachlicher Austausch mit den SachbearbeiterInnen der Hilfe-zur-Arbeit-Leitstellen der Sozialhilfeträger wird von der LAG für Nord- und Südhessen organisiert und gestaltet. Gleiches gilt für die neu eingerichteten Arbeitskreise zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.

Themen der Tagungen und Seminare sind u.a.:

- Einsteigerseminare
- Rechtliche Grundlagen - Arbeitsrecht
- Tarifverträge - Gemeinnützigkeitsrecht
- Controlling - Finanzen - Kostenrechnung
- Sozialmanagement - Qualitätssicherung
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Marketing - Sponsoring
- MigrantInnen in Beschäftigungsprojekten
- EU-/ESF-Fördermittel

Qualifizierung des Fachpersonals erfolgt auch in betriebsinternen Fortbildungen und durch prozeßbegleitende Organisationsentwicklung.

Die neuen Anforderungen zur Qualifizierung werden in vier Bereichen zu bewältigen sein:

- Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt
- Kooperationen mit Betrieben des ersten Arbeitsmarktes
- Lokale Arbeitsagenturen
- Verknüpfung kommunaler Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung.

Literatur:

Partsch, Jochen: Öffentlich geförderte Beschäftigung - Lohnrückerei oder gesellschaftlich nützliche Arbeit?, in: IG Metall (Hg.): Arbeiten für 'nen Appel ohne Ei, Frankfurt/M. 1997

Dittrich, Anette: Entwicklung und Erfahrungen mit lokalen Arbeits- und Beschäftigungsprojekten im Kontext von Gemeinwesenarbeit in Hessen, in: Tilo Klöck (Hg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment, Neu-Ulm 1998

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.): Musterhilfepläne / Musterförderpläne, Frankfurt/M. 1999

WENN DIE EXISTENZ DURCH ERWERBSARBEIT NICHT ZU SICHERN IST

ZUKUNFT SOZIALER SICHERUNG MITGESTALTEN

Ansprechpartner:
Jürgen Maier

Literatur:

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.): Wer mißbraucht den Sozialstaat? – Möglichkeiten der Gegenöffentlichkeit, Tagungsdokumentation, Frankfurt/M. 1996

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.): „Wege zum Erfolg – Praxisfragen der Sozialhilfeberatung und Strategien der Öffentlichkeitsarbeit“, Tagungsdokumentation, Frankfurt/M. 1997

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.): „Alltag der Sozialhilfe und ihre Perspektiven in Hessen“, Tagungsmaterialien, Frankfurt/M. 1997

Ein wesentliches Element der Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration von einkommensschwachen, benachteiligten und von Armut bedrohten Menschen ist ihre materielle Existenzsicherung. Dafür müssen die sozialen Sicherungssysteme bedarfsgerecht gestaltet sein und die Leistungsberechtigten in vollem Umfang erreichen.

Die Schere zwischen Arm und Reich, die sich auf örtlicher Ebene in der Polarisierung der Städte darstellt, darf nicht weiter auseinandergehen. Es gilt, „die Not, im Wohlstand arm zu sein“ gerade in den benachteiligten Stadtteilen aktiv zu bekämpfen.

Im Bereich der Existenzsicherung bedarf es daher

- bürgernaher, niedrigschwelliger und kompetenter Hilfeeinrichtungen
- der Förderung von Selbsthilfe-Initiativen Betroffener
- sowie einer Mitgestaltung der kommunalen, landes- und bundespolitischen Rahmenbedingungen im Sinne armer Menschen.

Förderung von Betroffeneninitiativen

Die Förderung von und die Zusammenarbeit mit Initiativen Betroffener hat im Bereich „Soziale Sicherung“ der LAG einen hohen Stellenwert. Ziel ist die Überwindung von Benachteiligung durch Aufklärung über und Durchsetzung von Rechtsansprüchen, der Abbau „verdeckter Armut“ und die Steigerung des Selbstwertgefühls.

Die LAG unterstützt deshalb die Gründung von Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen. Ausgangspunkt dafür sind die häufig negativen Erfahrungen der Menschen mit Ämtern wegen unzureichender Beratung und restriktiver Verwaltungspraxis.

Die seit langem in Hessen bestehenden Gruppen sind häufig erste Anlaufstellen für Menschen in sozialer Not. Die LAG organisiert für sie einen vielfältigen Erfahrungsaustausch. Sie berät und qualifiziert die Initiativen ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen in stadtteilbezogenen Projekten, u.a. in Fragen des Sozialrechts, der Finanzierung und der Gruppenarbeit. Dies geschieht bei regionalen und landesweiten Treffen sowie bei Tagungen und über Rundbriefe. Damit leistet sie ebenfalls einen Beitrag zur Weiterentwicklung der örtlichen Hilfeeinrichtungen.

Weiterentwicklung der Sozialen Sicherung

Die LAG kann aufgrund ihrer Nähe zu den „vor Ort“ tätigen Projekten und Betroffenen-Initiativen ihre Erfahrungen authentisch auf verschiedenen Ebenen einbringen.

Bei der Verbesserung der kommunalpolitischen Rahmenbedingungen steht die Verbesserung der Sozialhilfepraxis im Vordergrund. Im Dialog mit Sozialverwaltungen, KollegInnen aus der Beratungspraxis und Betroffeneninitiativen werden Problempunkte aufgegriffen und neue Modellansätze für Sozialämter diskutiert.



„Das Schlimmste am Leben mit Sozialhilfe ist, wenn ich mir mit meinen Kindern keine Fahrkarte leisten kann, um Freunde zu besuchen.“

Petra Linsel, Mutter von 2 Kindern

Ein wichtiges Thema städtischer Sozialpolitik ist die gesellschaftliche Teilhabe und Mobilität. Hierzu entwickelt die LAG gemeinsam mit Initiativen Vorschläge für die Einführung von „Sozialpässen“.

Auf Landesebene greift die LAG durch Stellungnahmen zu Änderungen von Sozialgesetzen, zu den Themen Kinder- und Familienarmut sowie zu allen Fragen der Existenzsicherung und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit niedrigem Einkommen in die Diskussion ein.

Auf Bundesebene ist vor allem die Weiterentwicklung der Sozialhilfe in Richtung einer Sozialen Grundsicherung immer wieder Anlaß für LAG-Aktivitäten. Darüber hinaus bezieht die LAG gemeinsam mit Anderen Stellung zu aktuellen sozialpolitischen Fragen.

Bündnisse für Soziale Gerechtigkeit

Die LAG koordiniert sozialpolitische Initiativen und Aktionen der Gruppen und Projekte. Diese wenden sich u.a. gegen Sozialabbau und Leistungskürzungen auf den verschiedenen politischen Ebenen, gegen eine einseitige Mißbrauchsdebatte und für soziale Gerechtigkeit.

Auf kommunaler Ebene unterstützt die LAG die Gründung lokaler Aktionsbündnisse gegen Sozialabbau und Armut. Dabei ist die LAG mit ihrer Fachkompetenz sowie als Vernetzungs- und

Moderationsinstanz gefragt.

Auf Landesebene ist die LAG im Aktionsbündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ vertreten, zu deren Gründungsmitgliedern sie zählt. Schwerpunkte sind hier die Mitwirkung bei Planung und Durchführung von Veranstaltungen zu sozialpolitisch relevanten Themen wie Gestaltung des Sozialstaates, „Niedriglöhne“ usw. sowie die Zuständigkeit für die Arbeitsgruppe „Armut und Sozialhilfe“ des Bündnisses. Zudem arbeitet die LAG beratend im „SprecherInnenngremium der hessischen Erwerbsloseninitiativen“ mit. In Fragen der Überschuldung besteht eine enge Zusammenarbeit mit der LAG Schuldnerberatung.

Auf Bundesebene agiert die LAG gemeinsam mit der BAG der Sozialhilfeinitiativen. Dazu gehört die Mitarbeit auf Tagungen und die Förderung der Teilnahme hessischer Initiativen, die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen sowie die Vorbereitung von Aktionen u.a. für bedarfsdeckende Sozialhilfe.

Die LAG und die in ihr mitarbeitenden Initiativen und Projekte beteiligen sich damit an der Gestaltung einer zukunftsfähigen und bedarfsgerechten Sozialen Sicherung.

Anforderungen an Soziale Sicherung

- Existenzsicherung durch bedarfsdeckende Sozialhilfeleistungen
- Verstärkte Bekämpfung der „verdeckten Armut“
- Initiativen gegen Kinder- und Familienarmut
- Ausbau der Förderung von Selbsthilfegruppen und sozialen Initiativen
- Berücksichtigung der Anliegen von Hilfesuchenden bei der Verwaltungsreform
- Stadtteilbezogene Weiterentwicklung von niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfesystemen sowie Selbsthilfeansätzen
- Schaffung von existenzsichernden und qualifizierenden Arbeitsangeboten für Benachteiligte
- Entwicklung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung

POTENTIALE STÄRKEN – ANGEBOTE ENTWICKELN

AUF UNTERSCHIEDLICHE LEBENSITUATIONEN EINGEHEN

Im Mittelpunkt aller Überlegungen zur Entwicklung in Sozialen Brennpunkten und erneuerungsbedürftigen Stadtteilen stehen die dort lebenden Menschen und ihre Lebenssituation. Diese wird neben den Bedingungen im Stadtteil geprägt von Alter und Geschlecht, von ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten, von beruflicher, familiärer und sozialer Situation. Damit rücken unterschiedliche Zielgruppen ins Blickfeld von Gemeinwesenarbeit und sozialer Stadtteilerneuerung.



In der Bildungs- und Zielgruppenarbeit werden die Belange, Interessen und Bedürfnisse der unterschiedlichen Gruppen aufgenommen.

Vor Ort wird die Bildungs- und Zielgruppenarbeit durch die LAG-Mitgliedsprojekte im Verbund mit vielfältigen Partnerinnen und Partnern wahrgenommen.

Die Bildungs- und Zielgruppenarbeit befaßt sich

- mit der jeweiligen individuellen Lebenssituation der Menschen
- mit ihrer sozialen Rolle und
- mit ihrer Lebenslage im Stadtteil.

Auf Landesebene gibt die LAG insbesondere Impulse zur Verbesserung der Lage von Kindern, Jugendlichen und Frauen.

Bildungs- und Zielgruppenarbeit im Rahmen von Gemeinwesenarbeit und Stadtteilentwicklung

- ◆ Sie arbeitet mit den verschiedenen Gruppen an den für diese relevanten Fragestellungen der Alltagsbewältigung, an der Erweiterung der persönlichen Handlungsmöglichkeiten sowie an der Entwicklung von Zukunftsperspektiven.
- ◆ Sie sorgt dafür, daß notwendige Angebote für die verschiedenen Gruppen im Stadtteil eingerichtet werden, indem sie Zugänge zu bestehenden Einrichtungen eröffnet oder neue Angebote etabliert.
- ◆ Sie erschließt Zugänge zur Erwerbsarbeit unter Berücksichtigung der besonderen Rahmenbedingungen der jeweiligen Zielgruppe.
- ◆ Sie thematisiert die jeweilige soziale Rolle der Zielgruppe.
- ◆ Sie unterstützt die verschiedenen Gruppen bei ihrer Interessenartikulation und organisiert spezielle Treffpunkte für Mädchen und Jungen, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten u.s.w., wo Erfahrungen ausgetauscht, Anliegen geklärt und gemeinsame Initiativen entwickelt werden.
- ◆ Sie unterstützt die Zielgruppen beim Aufbau von Strukturen zur Interessenvertretung und sorgt dafür, daß vorhandene Beteiligungsstrukturen so gestaltet sind, daß diese Zugänge für die verschiedenen Zielgruppen bieten.
- ◆ Sie stellt sicher, daß die verschiedenen Gruppen Gehör finden und Einfluß auf den Entwicklungsprozeß nehmen können, so daß der Stadtteil den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechend gestaltet wird.
- ◆ Sie fördert den Austausch der verschiedenen Gruppen im Stadtteil und trägt zu gegenseitiger Achtung und zu einem respektvollen Umgang miteinander bei.
- ◆ Sie arbeitet mit an der Verbesserung der kommunalen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die verschiedenen Zielgruppen und sucht dabei Partnerinnen und Partner im Stadtteil, in Politik, Verwaltung u.s.w..

ORTE ZUM SPIELEN UND LERNEN

KINDERN ZUKUNFTSCHANCEN BIETEN

Kinder brauchen Entwicklungsmöglichkeiten. Nicht überall finden sie hierfür optimale Bedingungen. Belastete Wohn- und Familienverhältnisse, fehlende finanzielle Mittel und ein reizarmes Umfeld verhindern die notwendige Förderung und schränken Chancen und Zukunftsperspektiven ein.

Gerade in Sozialen Brennpunkten war und ist die Situation der Kinder Ausgangspunkt für bürgerschaftliches und administratives Handeln. Und auch in den erneuerungsbedürftigen Stadtteilen muß die Verbesserung der Lebenssituation der Kinder wesentlicher Teil der Stadtteilentwicklung sein.

Die Ziele der LAG sind

- die Schaffung eines bedürfnisgerechten Betreuungs-, Beratungs- und Förderangebots und
- die Schaffung eines kinderfreundlichen Umfelds durch Stadtteilentwicklung.

Betreuung sicherstellen

Die Basis zur Erreichung dieser Ziele bildet das Netzwerk der Gemeinwesenarbeitsprojekte und der gemeinwesenorientierten Kinder- und Beratungseinrichtungen, das die LAG in Kooperation mit dem Landesjugendamt organisiert. Aus den

„Jugendhilfe soll ... insbesondere ... junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen... und... positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“

§ 1 Abs. 3 SGB VIII (KJHG)

alten Spiel- und Lernstuben ist hier ein breites Spektrum von Einrichtungen entstanden, die die Versorgung im Stadtteil auf Dauer sicherstellen.

Im Mittelpunkt der konzeptionellen Diskussion der Einrichtungen steht die Frage, wie bei veränderten Rahmenbedingungen die Integration sozial benachteiligter Kinder auf Dauer gelingen kann und wie die Einrichtungen die Lobby für Kinder im Stadtteil bilden können.

Förderung gewährleisten

Neben der konzeptionellen Weiterentwicklung bedarf es neuer Partnerinnen und Partner, um die anstehenden Aufgaben zu meistern. Hier fördert die LAG die Zusammenarbeit durch Kooperationsveranstaltungen, u.a. mit Frühförderstellen, Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten.

Durch die Neuorganisation der Kinder- und Jugendhilfe verändern sich Finanzierungsgrundlagen. Hier steht die LAG im Dialog mit Landesverwaltung und -politik, um sicherzustellen, daß auch in Zukunft Mittel in die Stadtteile mit besonderem Bedarf fließen.

Durch die Kommunalisierung der Kinder- und Jugendhilfe gewinnt die örtliche Auseinandersetzung um zukünftige Entwicklungen eine noch größere Bedeutung als bisher. Hier berät und unterstützt die LAG die Einrichtungen und fördert die Zusammenarbeit mit Jugendhilfeplanung.

Ansprechpartnerin:

Christina Hey

Literatur:

LAG Soziale Brennpunkte (Hg.): 20 Jahre Spiel- und Lernstuben in Sozialen Brennpunkten in Hessen, Sondernummer 1987



ZWISCHEN SCHULE, BERUF UND FREIZEIT

JUGENDLICHEN PERSPEKTIVEN ERÖFFNEN

Ansprechpartnerin:

Bettina
Wiederspahn-Wolf

Literatur:

Stock, Lothar/ Wiederspahn-Wolf, Bettina: Übertragbarkeit von Gemeinwesenarbeit auf die Kinder- und Jugendarbeit, in: Reinbold/Jans (Hg.) Handbuch zur Gewaltprävention, Bonn/ Freiburg/ Grafschaft 1996

Bülter, Heike/Hey, Christina: Armut von Mädchen. Ohne Blick auf soziale und geschlechtliche Zusammenhänge weder begreifbar noch überwindbar, in: Forum Erziehungshilfen, 4. Jg., 1998, Heft 1

Hey, Christina/Hofmann, Susanne: Mädchenbildungsarbeit in Sozialen Brennpunkten. Ein Projektbericht, Frankfurt/M. 1994

Jugendliche suchen Orientierungen. Dies fällt ihnen je nach Lebensumfeld, sozialer Lage und realen Perspektiven leichter oder schwerer. Kommen mehrere negative Faktoren zusammen, bedarf es einer besonderen Anstrengung, um positive Orientierungen zu entwickeln.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz formuliert das Recht Jugendlicher auf Förderung ihrer Entwicklung. Dieser Aufgabe kommt die LAG mit ihrem Jugendbildungswerk nach. War dies früher oft das einzige Bildungsangebot, das die Jugendlichen in Sozialen Brennpunkten erreichte, hat es heute im Spektrum der Jugendbildungsträger ein besonderes Profil entwickelt. Seine Kompetenz liegt in der Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen, in der Orientierung an deren sozialräumlicher Lebenswelt sowie in der Gestaltung von niedrigschwelligen Teilnahmeprozessen. Drei Schwerpunkte bestimmen die Arbeit des Jugendbildungswerks:

Berufliche Orientierung

Die berufliche Orientierung ist für Jugendliche Grundlage für ihre spätere soziale Integration. Hier bietet die LAG Seminare zur Berufsfindung an und unterstützt durch Fortbildungen die konzeptionelle Weiterentwicklung der Jugendberufshilfe vor Ort.

Beteiligung der Jugendlichen

War früher der Jugendclub oder die Rockband Ausgangspunkt für die Beteiligung der Jugendlichen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds, werden heute neue Teilnahmeformen kreiert wie Foren, Arbeitskreise u.s.w.. Um diese Ansätze zu unterstützen und weiterzuentwickeln, bietet die LAG Seminare und Tagungen für Jugendliche und örtliche AkteurInnen sowie konzeptionelle Beratung an.

Geschlechtsspezifische Arbeit

Die Notwendigkeit geschlechtsspezifischer Bildungsarbeit, lange Zeit nur ein Thema für die Kolleginnen und Mädchen, wird mittlerweile auch von den Kollegen erkannt. Mit den Arbeitskreisen „Mädchenarbeit“ und „Jungenarbeit“ bietet die LAG Orte für den fachlichen Austausch zu geschlechtsspezifischen Ansätzen. In Mädchen- und Jungenseminaren finden die Jugendlichen Raum für ihre Belange.

Zur Sicherung eines adäquaten Bildungsangebots für Jugendliche arbeitet die LAG in der Arbeitsgemeinschaft der ergänzenden Träger der Jugendbildungswerke mit.



Um insbesondere die Situation der Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf in die Jugendhilfediskussion einzubringen, verfaßt die LAG Stellungnahmen und führt den Dialog mit Landespolitik und -verwaltung.

Ein wesentliches Moment der Jugendbildungsarbeit der LAG ist die Durchführung von Modellprojekten. Hier wurden Ansätze entwickelt, die mittlerweile zum Standardprogramm von Jugendhilfe in Sozialen Brennpunkten und darüber hinaus zählen, insbesondere ist das Rockmobil zu nennen, das im folgenden beschrieben wird.

VON ROCK BIS RAP

NEUE IMPULSE FÜR DIE JUGENDKULTUR

Mit dem Rockmobil ist die LAG bundesweit zu einem Vorreiter für musikpädagogische Angebote für benachteiligte Jugendliche geworden. Sie trägt damit der Bedeutung von Musik für die Jugendgeneration Rechnung und begreift Musik als Identifikations-, Ausdrucks- und Definitionsmöglichkeit von Jugendlichen.

Wesentliche Aspekte des Rockmobils sind

- die persönliche Stabilisierung der Jugendlichen
- die sozialen Erfahrungen, die über das Medium möglich werden
- die Erarbeitung eigener Ausdrucksformen
- sowie die öffentliche Präsenz über Auftritte und Events.

Stand früher die Rockmusik im Vordergrund, haben heute weitere Musikrichtungen Einzug in



chen gerade jenen, die sich nicht über einen längeren Zeitraum binden wollen, ein unbefangenes Herantasten an das Medium.

Eine immer größere Rolle spielt die Kooperation mit Schulen. Diese werden durch die musikpädagogische Arbeit bei der Integration und Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher unterstützt.

Musik ist geeignet, Menschen unterschiedlicher Nationen und Sprachen in Kommunikation zu bringen. Traditionell führt die LAG gemeinsam mit PartnerInnen internationale Begegnungen durch. Eine kontinuierliche Partnerschaft hat sich vor allem mit Einrichtungen in Osteuropa entwickelt.

Um insbesondere auch Mädchen anzusprechen, hat die LAG gemeinsam mit Waggon e.V. das Mädchenrockmobil „Rokketta“ ins Leben gerufen.

Aktuell nutzt die LAG die kommunikative Wirkung von Musik dazu, in erneuerungsbedürftigen Stadtteilen den verschiedenen Jugendgruppen und -cliquen gemeinsame Erfahrungen zu ermöglichen. Mit sogenannten „Stadtteilkulturprojekten“, in denen verschiedene kreative Medien wie Musik, Theater, Video zum Einsatz kommen, trägt sie dazu bei, das Verständnis untereinander zu fördern und ermuntert zur Auseinandersetzung mit dem Lebensumfeld.

Ansprechpartner:

- Tom Müller
- Erhard Kristen
- Herk Uwe Roepe

Literatur:

Witzel, Thomas G./ Roepe, Herk: Rockmobil Gießen: Musik/Theaterprojekte als neue Herausforderung, in: Pleiner, Günter/Hill, Burkhard (Hg.), Musikmobile, Kulturarbeit und Populäre Musik. Pädagogische Theorie und musikalische Praxis, Opladen 1999

Müller, Tom: „Ras, dwa, trzy, stiry...“. Trinationale Begegnungen und multimediale Jugendarbeit in Deutschland, Polen und Tschechien, in: Pleiner, Günter/Hill, Burkhard (Hg.), Musikmobile, Kulturarbeit und Populäre Musik. Pädagogische Theorie und musikalische Praxis, Opladen 1999

Das Angebot des Rockmobils:

- ✓ **Bandbetreuung**
- ✓ **Workshops**
- ✓ **Stadtteilprojekte**
- ✓ **Equipment**
- ✓ **Beschallung**
- ✓ **Erstellung von Tonträgern**
- ✓ **Beiträge zur Fort- und Weiterbildung**

die Arbeit gehalten.

Kern des Rockmobils war und ist die Bandarbeit. Hier stellt die LAG Equipment, musikpädagogisches Know-How und Logistik zur Verfügung, um gerade solchen Jugendlichen Zugänge zu eigenproduzierter Musik zu ermöglichen, die ansonsten keine Förderung erfahren. Partner vor Ort sind Gemeinwesenarbeitsprojekte, Jugendclubs und Jugendhäuser.

Workshops, bei denen sich die Jugendlichen über einen begrenzten Zeitraum mit Musik auf eine für sie neue Art auseinandersetzen können, ermögli-

TROTZ FAMILIÄRER BELASTUNG MIT GROSSEM ENGAGEMENT

FRAUEN AKTIV FÜR DEN STADTTEIL

Ansprechpartnerinnen:

Christina Hey

Martina Köbberich

Literatur:

Hey, Christina: Gemeinsam haben wir viel erreicht. Zur Arbeit mit Frauen, in: Lutz, Ronald (Hg.), Wohnungslose und ihre Helfer, Bielefeld 1995

Hey, Christina/Köbberich, Martina: Zur Situation von Frauenbildungsarbeit in sozial gefährdeten Stadtteilen, LAG Soziale Brennpunkte (Hg.), Frankfurt/M. 1997

Hey, Christina: Bürgerinnenbeteiligung an Stadtteilentwicklungsprozessen: IMPULS - ein Modellprojekt zur Beteiligung von Frauen, in: LAG Soziale Brennpunkte (Hg.), Materialsammlung zur Tagung Soziale Stadterneuerung, Frankfurt/M. 1998

Die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums geht immer noch zu Lasten der Frauen. Sie verfügen über weniger Einkommen als Männer, haben schlechtere Berufschancen und ihr Armutrisiko ist größer. In schwierigen Lebenssituationen tragen sie die materiellen, organisatorischen und psychischen Belastungen des Familienalltags. In Gremien, wo über die Gestaltung der Zukunft verhandelt wird, sind sie unterrepräsentiert.

Diese Aspekte des weiblichen Lebenszusammenhangs bestimmen auch das Bild in den Sozialen Brennpunkten und den erneuerungsbedürftigen Stadtteilen. Gleichzeitig zeigt sich hier, daß gerade Frauen ein starkes Interesse an Veränderung haben und in Entwicklungsprozessen reiche Kompetenz und großes Engagement einbringen.

Für die LAG war und ist diese Ausgangssituation Verpflichtung zum Handeln. Sie verfolgt dabei drei Ziele

- die Verbesserung der Lebenssituation der Frauen in Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen,
- die Förderung ihrer Beteiligung an entsprechenden Veränderungsprozessen sowie
- die Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Frauen.

„Bei allen Anstrengungen für Spiel- und Lernstuben zu kämpfen, die Sanierung gut hinzukriegen, Feste zu organisieren und auf Tagungen zu fahren, haben wir uns auch selbst verändert. Heute sind wir selbstbewußt und lassen uns nicht mehr alles gefallen.“

Christel Butzbach
(Frauengruppe Finken/Amselweg, Limburg, Vorstandsmitglied der LAG)

Verbesserung der Lebensverhältnisse durch Hilfe zur Selbsthilfe

Herzstück der Frauenarbeit der LAG sind die Frauentagungen, die die LAG in langjähriger Kooperation mit der hessischen Landeszentrale für politische Bildung durchführt. Frauen und Frauengruppen sowie Kolleginnen von Gemeinwesenarbeitsprojekten aus ganz Hessen treffen sich hier, um sich über relevante Themen zu informieren, Erfahrungen auszutauschen, individuelle Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, Ideen für den Stadtteil zu entwickeln, gesellschaftspolitische Prozesse zu diskutieren und Positionen zu klären.

Die Themen umfassen wesentliche Aspekte des weiblichen Alltags. Partnerschaft, Kindererziehung, Familienarbeit spielen ebenso eine Rolle wie Wohnungsversorgung, Kinderbetreuung, Erwerbsarbeit und Existenzsicherung. Sexualität, Gesundheit und Gewalt sind gleichermaßen Gegenstand wie die Rolle der Frau in der Gesellschaft, der Umgang mit Behörden und die Versorgung mit Dienstleistungs- und Unterstützungsangeboten.

Von den Tagungen gehen Impulse aus für das Alltagsleben der Frauen, für die Arbeit der Frauengruppen vor Ort, für die Gestaltung der Gemeinwesenarbeit, für die örtliche Siedlungsentwicklung und für die fachpolitische Arbeit der LAG.

Über die Tagungen konstituiert sich das Netzwerk von Frauen und Gruppen aus Brennpunkten und Stadtteilen in Hessen, das die Basis für die frauenpolitische Lobby der LAG bildet.

Ergänzt wird dieses Angebot durch den „Arbeitskreis Frauen“, einem kontinuierlichen Arbeitsgremium, in dem Fragen professionellen Handelns im Stadtteil im Mittelpunkt stehen.

Impuls – ein Modellprojekt zur Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklung

Um die positiven Erfahrungen aus den Sozialen Brennpunkten auf neue Standorte zu übertragen und den veränderten Bedingungen anzupassen, hat die LAG ein Modellprojekt zur Förderung der Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklungsprozessen konzipiert.

Im Rahmen des Projekts geht die LAG „vor Ort“, unterstützt in Form von Projekten örtliche AkteurInnen bei der Aktivierung von Frauen, fördert die Kommunikation zwischen den verschiedenen Frauen und -gruppen untereinander und hilft bei der Einrichtung von Beteiligungsstrukturen für Frauen.

Um die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Frauen in diesen Prozessen weiterzuentwickeln, bietet die LAG sowohl regional als auch überregional Trainingsseminare zu Rhetorik, Konfliktmanagement u.s.w. an. Wichtiger Partner ist in diesem Bereich das „Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit“.

Örtliche Frauengruppen, Einrichtungen, Träger, Verwaltungen und Politik, die Interesse an der Förderung der Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklungsprozessen und an der Gestaltung frauengerechter Stadtteile haben, erhalten von der LAG Information und Beratung.

Auf Landesebene bringt die LAG frauenpolitische Aspekte in die Diskussion um eine effektive Praxis von Stadtteilentwicklung ein, u.a. in Zusammenarbeit mit der Frauenabteilung des Hessischen Sozialministeriums.



Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: an der Schnittstelle von Frauen- und Sozialpolitik

Im Rahmen der Armutsdiskussion setzt sich die LAG dafür ein, Frauen mit Hilfe spezieller Programme Wege aus der Armut zu eröffnen und durch entsprechende Politik die Armutsriskiken von Frauen abzuschaffen.

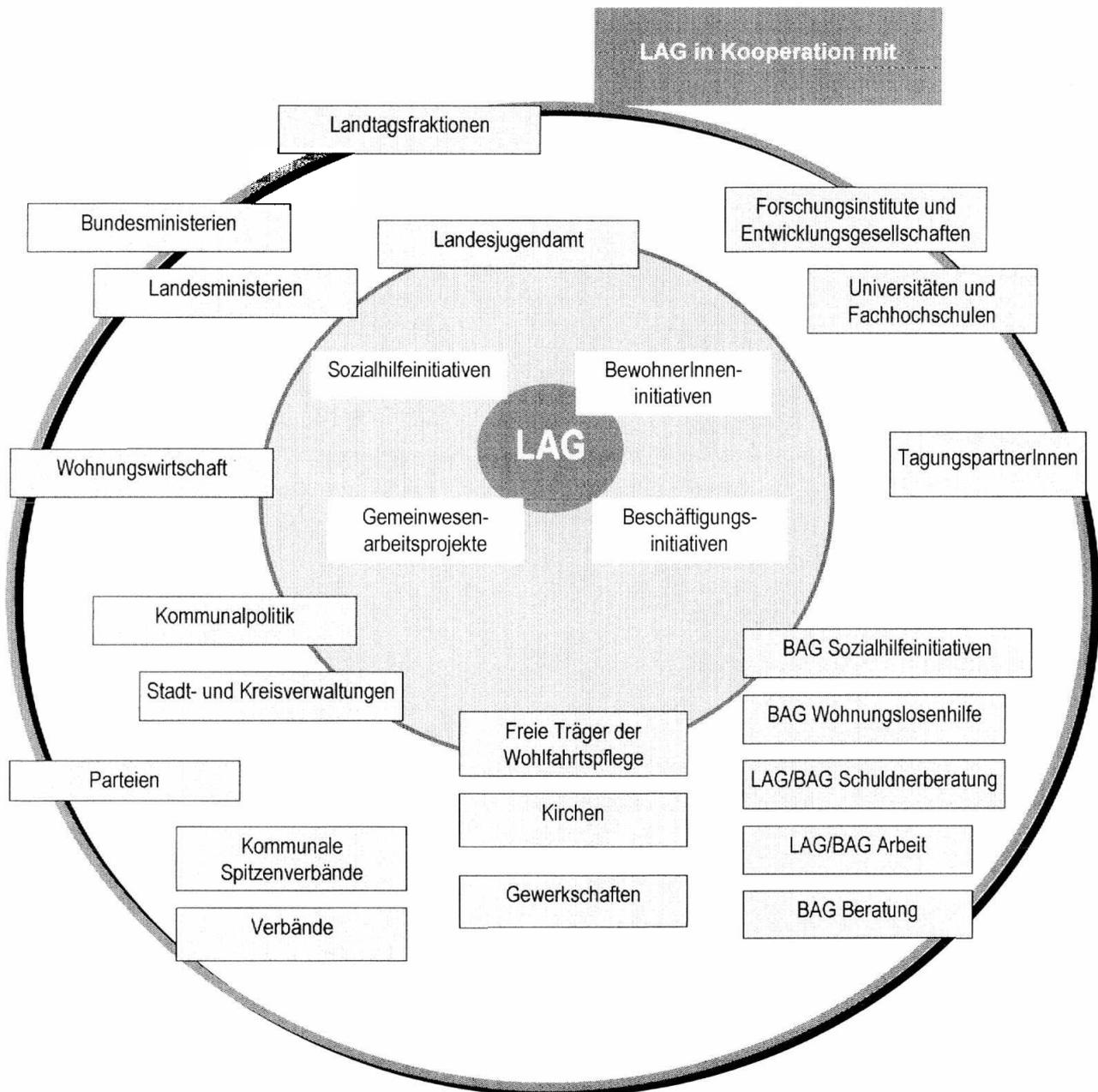
In die feministische Debatte bringt die LAG die Interessen sozial benachteiligter Frauen ein. Hier geht es ihr darum, den Wirkungszusammenhang zwischen sozialer Lage und frauenpolitisch relevanten Themen herzustellen und dafür zu sorgen, daß auch die Situation von Frauen aus Sozialen Brennpunkten und vergleichbaren Lebenslagen Berücksichtigung findet.

Neben Stellungnahmen, Fachartikeln, Vorträgen und Fachveranstaltungen zeigt vor allem die Netzwerkarbeit Erfolge. Aktuell arbeitet die LAG mit im hessischen Netzwerk „Frauen in Wohnungsnot“. Die LAG ist organisiert in der LAG der Frauenbildungsprojekte, unterstützt die Arbeit des Hessischen Frauenrats und kooperiert mit der LAG der Frauenbeauftragten.

Soziale Stadtteilentwicklung ist aus Sicht der Frauen dann gelungen, wenn Frauen auf sicherer Basis ihren Bedürfnissen entsprechende Lebensentwürfe entwickeln und realisieren können.

LAG IM FACHLICHEN UND SOZIALPOLITISCHEN AUSTAUSCH

KOOPERATIONSPARTNERINNEN UND NETZWERKE



**Die LAG in
Netzwerken und Bündnissen
(Ausschnitt)**

**Hessische Gemeinschaftsinitiative
Soziale Stadt (HEGISS)**

Koordination hessischer Aktivitäten zur sozialen Stadterneuerung
unter Mitwirkung von Landesministerien, Kommunen, Wohnungswirtschaft, Wissenschaft, Freien Trägern der Wohlfahrtspflege

**Hessisches Netzwerk
„Frauen in Wohnungsnot“**

Weiterentwicklung des Hilfesystems für Frauen in Wohnungsnot und Förderung präventiver Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit
unter Mitwirkung von EinrichtungsmitarbeiterInnen, mit Wohnungsnot befaßten Organisationen, Frauenbeauftragten, Wissenschaft, Frauenministerium

Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte

Bundesweite Lobby, fachlicher Austausch und Kooperation zur Überwindung Sozialer Brennpunkte
unter Mitwirkung von Landesarbeitsgemeinschaften und GWA-Verbänden in verschiedenen Bundesländern

Nationale Armutskonferenz

Bundesweite Lobby und Fachinstanz für Armutsfragen
unter Mitwirkung von Wohlfahrtsverbänden, Fach- und Selbsthilfeorganisationen, DGB

Aktionsbündnis „Weltoffenes Hessen“

Förderung der gesellschaftlichen Integration von Menschen ohne deutschen Paß
unter Mitwirkung von Ausländerbeiräten und -organisationen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden

Arbeitskreise Soziale Brennpunkte

Koordination der örtlichen Gemeinwesenarbeit
unter Mitwirkung der örtlichen Projekte

Aktionsbündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“

Lobbyarbeit gegen Armut und Arbeitslosigkeit in Hessen
unter Mitwirkung von Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen, Interessengruppen und -verbänden

TagungspartnerInnen

(Ausschnitt)

Burkhardtthaus Gelnhausen
Evangelische Akademie Arnoldshain
Stiftung Mitarbeit
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesjugendamt
Arbeitsstelle Frühförderung Hessen
LAG für Erziehungsberatung

Hessische Landeszentrale für politische Bildung
Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit
Feministisches Frauengesundheitszentrum
Pro Familia
ZELA (Zentrum für Lernen und Arbeiten)
BSJ (Bewegungs- und sportorientierte Jugendsozialarbeit)
Arbeitsgemeinschaft hessischer Elternschulen

DIE LAG IM BILDE

ANSPRECHPARTNERINNEN IN DER LAG

DER LAG-VORSTAND



Edda Haak



Hartmut Fritz
1. Vorsitzender



Christel Butzbach



Elsche Strauß-Wilts
2. Vorsitzende



Monika Grötzing



Heide Koradin
Kassiererin



Jürgen Eufinger

DIE GESCHÄFTSSTELLE

Martina Köbberich
Frauenförderung

Jochen Partsch
Lokale Beschäftigung

Edwin Herrmann
Lokale Beschäftigung

Klaus Hoffmeister
Verwaltung
Geschäftsführung

Annette Wippermann
Lokale Beschäftigung

Christoph Kummer
Wohnungsversorgung

Tom Müller
Rockmobil Frankfurt

Andrea Röttel
Lokale Beschäftigung

Jürgen Maier
Soziale Sicherung



Reinhard Thies
Geschäftsführer
EU-Projektleitung

Christine Paiska
Verwaltung

Angelika Stolz
Verwaltung

Uta Tralles-Schulmeyer
Verwaltung

Ali Reza Ghasdi
Buchhaltung

Christina Hey
Frauenförderung
Kinder- und Jugendhilfe

nicht im Bild: **Petra Besau** (Jahrespraktikantin), **Bernhard Horch** (Buchhaltung), **Erhard Kristen** (Rockmobil Gießen), **Dr. Folckert Lüken-Isberner** (EU-Projekt), **Herk Uwe Roepe** (Rockmobil Gießen), **Bettina Wieder-spahn-Wolf** (Jugendbildungswerk)

DIE JAHRE 1964 BIS 1973

VOR DER GRÜNDUNG

Ausgangslage

Die Lebens- und Wohnverhältnisse in den hessischen Obdachlosenquartieren sind menschenunwürdig, entwicklungshemmend, stigmatisierend und gesundheitsgefährdend. Hier wird die Ausgrenzung der dort lebenden Menschen verfestigt. Teilhabemöglichkeiten am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben sind kaum vorhanden. Das Leben in engen, feuchten und verschimmelten Schlichtbauten ohne ausreichende sanitäre Anlagen, Heizung und Isolierung ist unzumutbar.

1964/65

Nachdem schon Anfang der 60er Jahre einzelne Bewohnerinnen und Bewohner in den Unterkünften aktiv wurden (z.B. in der Lohwaldsiedlung in Offenbach), werden nun sozialkritische Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit StudentInnen auf die Mißstände in den Elendsquartieren aufmerksam. Ehrenamtliche Angebote sollen vor allem die Situation der Kinder verbessern (z.B. durch Hausaufgabenhilfe und Spielnachmittage). Erste Initiativen entstehen u.a. in Gießen am „Eulenkopf“, in Marburg „Am Krekel“ und im Wiesbadener „Mühltal“.

1967

Die ehrenamtlich tätigen Initiativen haben das Problembewußtsein auch bei staatlichen Stellen mittlerweile so weit geschärft, daß das Landesjugendamt erste Richtlinien „Offene Erziehungshilfen“ erstellt. Die Förderung von Projekten in Sozialen Brennpunkten beginnt. Als eine der ersten in Hessen wird die Spiel- und Lernstube des Arbeitskreises Notunterkünfte e.V. (AN) in der Marburger Obdachlosensiedlung „Am Krekel“ gefördert. Fünf Jahre später werden bereits 31 Projekte unterstützt.

1968/69

Angestoßen durch die StudentInnenbewegung entsteht eine gesellschaftspolitische Diskussion über die Entstehung und Funktion von Randgruppen. Ein politi-

sches Interesse an Themen wie Schulversagen, Delinquenz, Heimunterbringung entsteht. Nicht mehr allein die Hilfen für Kinder und Familien stehen im Vordergrund. Es geht um Selbstorganisation, um politische Aktionen mit den „Betroffenen“. Erste Bewohnerräte entstehen.

Begriffe wie „Präventive Jugendhilfe“, „Chancengleichheit“, „Kompensatorische Erziehung“, „Gemeinwesenarbeit“ bestimmen die Fachdiskussion. Engagierte WissenschaftlerInnen bringen ihre Kompetenzen in die Entwicklung von Konzepten für einzelne Obdachlosensiedlungen ein.

1971

Der Wunsch nach Erfahrungsaustausch und Stärkung der Lobbyarbeit veranlaßt die MitarbeiterInnen der Spiel- und Lernstuben in Hessen, sich mit Unterstützung des Landesjugendamtes zu einer landesweiten Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

1972

Die Forderung nach umfassenden Interventionskonzepten für die Sozialen Brennpunkte mit einer Orientierung an individuellen, sozialen und strukturellen Problemlagen zeigt auch bei den politisch Verantwortlichen Wirkung: Im Hessischen Landtag findet eine wegweisende Debatte „Zur Lage der Obdachlosen“ statt.

1973

Im Januar veröffentlicht der Hessische Sozialminister seinen Erlaß „Hilfen für Obdachlose, Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen in Hessen“. Diese Empfehlung an die Kommunen und Landkreise ist bis heute (einschließlich seiner beiden Überarbeitungen) ein wichtiger Handlungsrahmen für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten, nicht zuletzt wegen seiner begleitenden Finanzierungsrichtlinien.

Das Land Hessen, der Landeswohlfahrtsverband Hessen, einzelne Kommunen und Freie Träger ermöglichen mit ihrer finanziellen Förderung einen Ausbau der Arbeit vor Ort.

DIE JAHRE 1974 BIS 1982

AUFBAU- UND DIFFERENZIERUNG

1974

Nach intensiver Plattform- und Satzungsdiskussion gründen engagierte Bewohnerinnen und Bewohner aus den Brennpunkten zusammen mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Neuweilnau/Taunus am 15./16. Juni die **Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.**. Die Vernetzung von Projekten, die überörtliche Zusammenarbeit von sozialen Fachkräften und BewohnerInnenvertretungen aus den Siedlungen, die fachliche und sozialpolitische Kooperation und die Formulierung gemeinsamer Interessen sind die Hauptgründe für die Vereinsgründung.

Die ersten zentralen Landestagungen finden statt. Im Vordergrund steht dabei der Erfahrungsaustausch. Der Ausbau und die Förderung der Kontakte unter den Siedlungen und Projektgruppen wird auch durch die satzungsmäßig festgeschriebenen Regionalversammlungen unterstützt.

1976

Die Notwendigkeit neuer Angebote führt vor Ort zur Ausdifferenzierung der Gemeinwesenarbeit. Neue Projekte entstehen. Es entwickeln sich eigenständige Arbeitsfelder wie Vorschularbeit, sozialpädagogische Schülerhilfen, offene Jugendarbeit und Erwachsenenarbeit mit Sozialberatung und allen Arten der Zielgruppen- und Bildungsarbeit.

Dadurch verändern sich die Anforderungen an die LAG als Beratungs-, Bildungs- und Lobbyinstanz auf Landesebene. Ehrenamtliches Engagement der Vereinsmitglieder allein reicht nicht mehr aus. Professionalisierung wird notwendig.

1977

Die LAG erhält vom Land Hessen ihren ersten Bewilligungsbescheid für die Arbeit der Geschäftsstelle und beschäftigt erstmals Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ABM- und Honorarbasis. Sie bezieht ihre Geschäftsstelle in der Moselstraße 25 in Frankfurt.

Mit Unterstützung der LAG wird das erste hessenweite Treffen der Frauengruppen aus Sozialen Brennpunkten organisiert. Dieses kann ab 1978 durch die Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung jährlich stattfinden.

1978

Die LAG reagiert auf soziale Einschnitte und eine restriktive Sozialhilfepraxis mit der Organisation eines landesweiten Aktionstages „Gegen Armut – für unsere Rechte“ in Wiesbaden.

1979

Die LAG ist an der Organisation der ersten bundesweiten „Kindergeldaktion“ in Bonn maßgeblich beteiligt. Für die Forderung, das Kindergeld nicht auf die Sozialhilfe anzurechnen, demonstrieren ca. 2000 Menschen, davon viele Frauen mit Kindern aus den hessischen Siedlungen.

Die Differenzierung der Arbeit „vor Ort“ führt zur Einrichtung ständiger Arbeitsgruppen der LAG unter Beteiligung von Betroffenen und ProjektmitarbeiterInnen für die Bereiche Sozialhilfe, Wohnen und Mieten, Gemeinwesenarbeit, Jugend und „Neudefinition von Sozialen Brennpunkten“.

1980

Die LAG beteiligt sich in Zusammenarbeit mit dem Institut Wohnen und Umwelt (IWU) an dem Forschungsprojekt „Struktur und Umfang von Obdachlosigkeit in Hessen“.

1982

Der Offenbacher Sozialhilfeverein wird nach langer Diskussion als erstes Mitglied dieser Art in die LAG aufgenommen.

DIE JAHRE 1983 BIS 1993

PROFESSIONALISIERUNG UND SPEZIALISIERUNG

1983

Politikwechsel in Hessen: Lange von der LAG geforderte Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung in den Siedlungen werden realisiert.

Das Modellprogramm zur „Sanierung von Unterkünften, Einfachst- und Schlichtwohnungen zur Unterbringung von Obdachlosen“ startet. Mit erheblichen Förderanreizen bietet das Land den Kommunen die Chance, kommunalpolitische Hemmnisse zu überwinden und gezielte quartiersbezogene Maßnahmen umzusetzen.

Die LAG übernimmt den sozialplanerischen Teil einer Untersuchung des Instituts Wohnen und Umwelt zum Modernisierungsbedarf von Obdachlosenunterkünften. Zur Beratung des Sanierungsprogramms wird eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der LAG eingerichtet.

Die Förderung „dezentraler Beratungsdienste“ durch das Land deutet erstmals auf Handlungsbedarf in sogenannten „neuen“ Sozialen Brennpunkten hin.

1984

Entwicklungen vor Ort und die landespolitischen Programme führen zu einer Spezialisierung in der LAG. Das Referat Frauenbildung entsteht. Später kommen die Referate Wohnen und Mieten sowie Soziale Sicherung hinzu.

Nach heftigen Diskussionen um die „Bildungsfähigkeit“ von Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten kann die LAG ein Jugendbildungswerk einrichten.

Das Handlungsforschungsprojekt „Existenzsicherungsberatung“ berät Initiativen zur Arbeitsintegration von Bewohnerinnen und Bewohnern Sozialer Brennpunkte. Das „Zentrum für Frauenkooperativen“ (ZFF) wird von der LAG als Modellprojekt in Gießen eingerichtet. Ziel ist die Entwicklung einer beruflichen Perspektive für benachteiligte Frauen. Es wird nach Auslaufen der Modellphase 1989 im Rahmen der Gießener Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (ZAUG) weitergeführt.

1986

Aus den Erfahrungen der Jugendarbeit in den Siedlungen und der Zusammenarbeit mit den Jugendclubs entsteht als bundesweit erstes Projekt dieser Art die rollende Musikschule ROCKMOBIL. Als weitere Innovationsprojekte für Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten entstehen ZELA und BSJ.

Unter dem Titel „Maßnahmen für Lokale Beschäftigungsinitiativen“ werden vom Hessischen Sozialministerium Beschäftigungs- und Ausbildungsprojekte gefördert.

1987-1989

Es entstehen neue soziale Träger, die qualifizierende Beschäftigungsmaßnahmen anbieten. Sie stehen meist in engem Zusammenhang mit Gemeinwesenprojekten. Jugendbeschäftigungsprojekte werden vom Landeswohlfahrtsverband im Sinne präventiver Jugendhilfe gefördert.

1990

In Kooperation mit „Arbeit und Leben“ startet die LAG ein Mädchenbildungsprojekt zur Stabilisierung und Entwicklung der örtlichen Mädchenbildungsarbeit.

1991

Die LAG beginnt ihre Mitarbeit im Projekt „Orte für Kinder“ des Deutschen Jugendinstituts. Ziel ist die konzeptionelle Weiterentwicklung von Kinderbetreuung.

1992

Die LAG übernimmt die Trägerschaft für das „Büro für Mietermitbestimmung“ in Gießen.

Die Landesregierung legt das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ auf. Die LAG beteiligt sich an der Entwicklung von Standards für dieses Programm.

1993

Die LAG bearbeitet das Modellprojekt „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“ zur Vermeidung von Obdachlosigkeit im ländlichen Raum.

DIE JAHRE 1994 BIS HEUTE

NEUORIENTIERUNG

1994

Die örtlichen Projekte entwickeln ihre Arbeit zunehmend über die Grenzen der „klassischen Brennpunkte“ hinaus und stellen Bezüge zu angrenzenden Stadtteilen her.

Der Hessische Erlaß des Sozialministers „Grundsätze zur Verbesserung der Lage in Sozialen Brennpunkten“ wird überarbeitet. Die Hoffnungen der LAG auf eine Erweiterung der Fördermöglichkeiten über die Brennpunkte hinaus erfüllen sich nicht.

1995

Anläßlich der Landtagswahl fordert die LAG ein hessisches Armutsbekämpfungsprogramm gerade im Hinblick auf benachteiligte Stadtteile und macht konkrete Vorschläge.

Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, daß in drei Modellstandorten durch die Bündelung von Ressourcen neue Ansätze der Stadtteilentwicklung erprobt werden sollen.

1996

Kürzungen der Landeszuschüsse für die Brennpunktarbeit drohen. Mit ihren Mitgliedern führt die LAG eine erfolgreiche Aktion vor dem Sozialministerium in Wiesbaden durch. Sie trägt dazu bei, das Sozialbudget abzusichern und für drei Jahre Planungssicherheit zu schaffen.

1997

Steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und zunehmende Ausgrenzung ganzer Stadtteile stellt die LAG vor neue Herausforderungen.

Die LAG nutzt ihre Erfahrungen aus der langjährigen Brennpunktarbeit für die soziale Stadtteilentwicklung in neuen Standorten.

Zur Koordination der Aktivitäten in benachteiligten Stadtteilen zwischen den verschiedenen AkteurlInnen ist die LAG aktiv an der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Hessisches Projektnetz Wohngebiets- und Stadtteilmanagement“ (HEPNEST) beteiligt.

Ein von der LAG im Rahmen von HEPNEST gestellter Förderantrag bei der Europäischen Union zur Pilotaktion „Drittes System und Beschäftigung“ ist erfolgreich. Die LAG übernimmt die Projektleitung und richtet in Kooperation mit örtlichen Trägern der GWA in vier hessischen Städten „Stadtteilwerkstätten“ ein.

In der LAG startet das vom Land Hessen geförderte Frauen-Modellprojekt IMPULS. Ziel ist die Förderung der Beteiligung von Frauen an der Stadtteilentwicklung.

Bei einem Besuch in Gießen kann sich der Bundesbauminister vor Ort ein Bild von erfolgreicher Siedlungssanierung machen.

Globalisierungsdebatte, Infragestellung des Sozialstaats und damit verbundener Sozialabbau erfordern auf der politischen Ebene neue Kooperationen: Gemeinsam mit Partnern gründet die LAG das Aktionsbündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“.

Die entwickelte Spezialisierung der Arbeitsbereiche in der LAG paßt nicht mehr zu den anstehenden komplexen Aufgaben. Deshalb gibt sich die LAG-Geschäftsstelle eine neue Organisationsstruktur. Referate werden zu Sachgebieten zusammengefaßt.

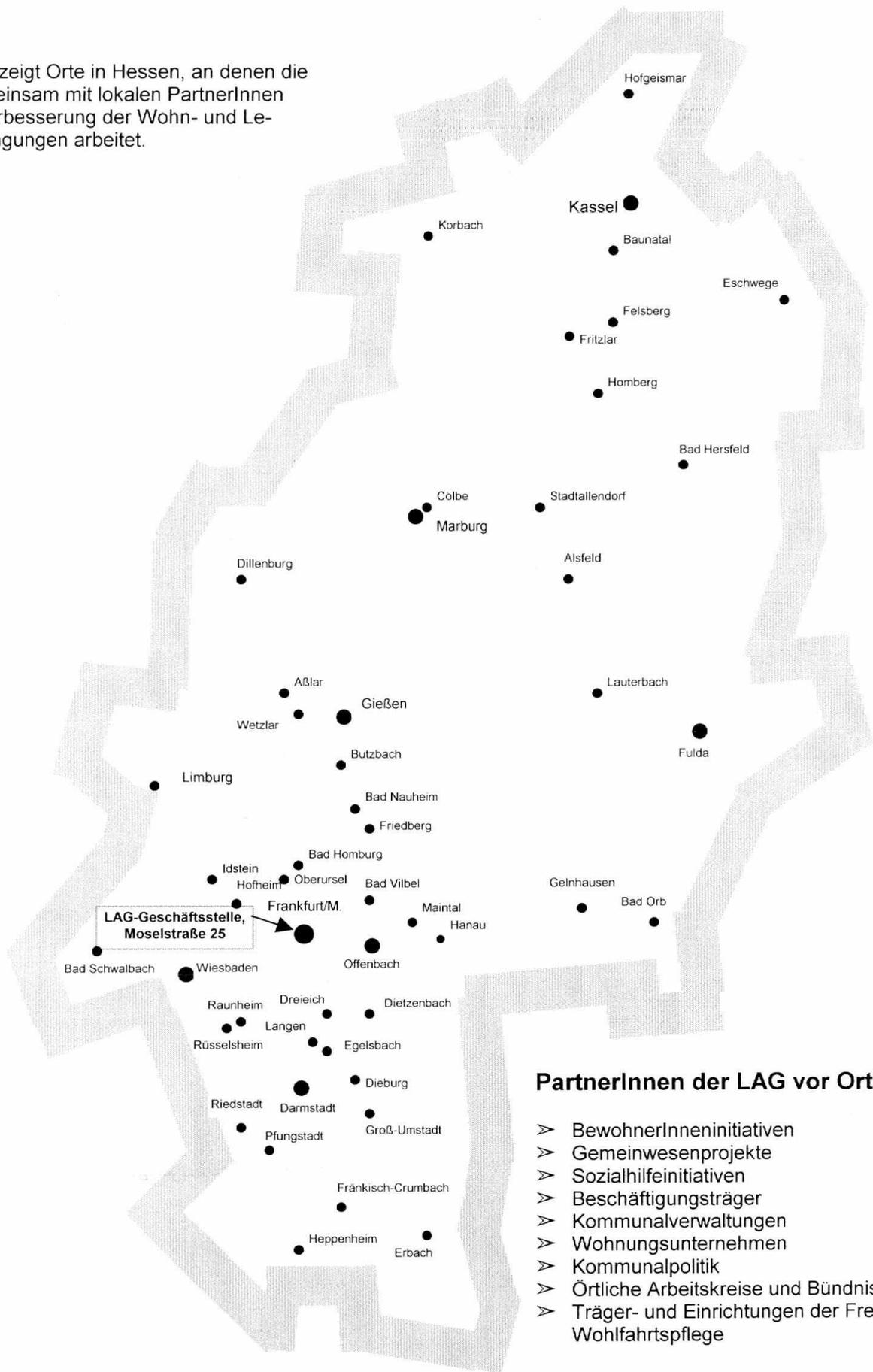
1998

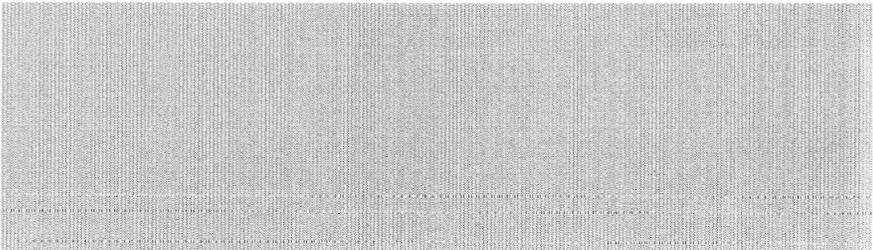
Auf allen Ebenen werden „neue Partnerschaften“ aufgebaut, entwickelt und erprobt. In den Stadtteilen bedeutet dies enge Kooperationen in neuen Strukturen mit Initiativen der Bürgerinnen und Bürger, Wohnungswirtschaft, lokalem Gewerbe, Beschäftigungsträgern, Verwaltungen und freien Trägern.

1999

Im Zusammenhang mit der Initiative „Soziale Stadt“ der Bundesregierung erhalten die Aktivitäten des Hessischen Projektnetzes zusätzlichen Schub. Das Land Hessen formuliert Rahmenbedingungen für die „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS).

Die Karte zeigt Orte in Hessen, an denen die LAG gemeinsam mit lokalen PartnerInnen an der Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen arbeitet.





IMPRESSUM

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstraße 25, 60329 Frankfurt/M.
Telefon (069)250038, Telefax (069)235584
E-Mail: LAGSB@aol.com

Redaktion

Christina Hey
Christoph Kummer
Andrea Röttel

Fotos

Hessisches Sozialministerium, Wiesbaden
Projektgruppe Im Finken/Amselweg, Limburg
Projektgruppe Margaretenhütte, Gießen
ZAUG, Gießen
LAG Soziale Brennpunkte

Druck:

Druckkollektiv Gießen

Auflage: 2000 Exemplare

Stand: Juni 1999

